

# Stenographischer Bericht

---

## „Entwicklungs- zusammenarbeit“

am Freitag, 24. Mai 2002

Landtagsenquete – XIV. Gesetzgebungsperiode





## Inhalt:

Referat zur globalen Situation „Neoliberalismus versus Entwicklungszusammenarbeit“.

Univ.-Prof. Dr. Franz Nuscheler.

Diskussion:

Landesrat a. D. Dipl.-Ing. Hermann Schaller, Univ.-Prof. Dr. Georg Lennkh, Mag. Dietmar Schreiner, Dr. Klaus Behmel, Willibald Heuegger, Mag. Amara Dissanayake, Emanuel Kandem, Univ.-Prof. Dr. Franz Nuscheler.

Power-Point-Präsentation im Rittersaal zum Thema „Schwerpunkte der Entwicklungspolitik des Landes Steiermark in Zusammenarbeit mit der Entwicklungszusammenarbeit (AGEZ) und der Plattform der entwicklungspolitischen Gruppen“.

Diskussion:

Landeshauptmann Waltraud Klasnic, Mag. Jutta Dier, Prof. Mag. Ingeborg Schrettle, Mag. Claudia Pein, Wirkl. Hofrat Dr. Ernst Burger, Mag. Gabriele Grundnig, LAbg. Dr. Reinhold Lopatka, LAbg. Dipl.-Ing. Heinz Grabner, LAbg. Franz Lafer, LAbg. Mag. Edith Zitz.

Beginn der Enquete um 9.04 Uhr.

**Präsident Purr:** Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute findet eine Enquete des Steiermärkischen Landtages zum Thema „Entwicklungszusammenarbeit“ statt, welche ich hiermit eröffne.

Ich begrüße alle Erschienenen, ganz besonders Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und die Abgeordneten Damen und Herren dieses Hauses. (Beifall.) Mein Gruß gilt den Referenten, den Teilnehmern, den Mitgliedern aus dem Beirat Entwicklungszusammenarbeit, Ihnen allen, die Sie sich die Zeit genommen haben zu dieser Enquete zu kommen.

Ich bedanke mich für die stimmungsvolle musikalische Einbegleitung und weise darauf hin, dass Klänge aus Afrika und auch aus Lateinamerika die gesamte Enquete umrahmen werden.

Mein Gruß gilt den Studentinnen und Studenten der Sonderschulbildung im dritten Jahr der Pädagogischen Akademie der Diözese in Graz-Eggenberg, welche im Rahmen des Faches Politische Bildung an dieser Enquete teilnehmen.

Die OECD hat sich anlässlich des Jahrtausendwechsels das Ziel gesetzt, die Zahl der absolut Armen dieser Welt bis zum Jahr 2015 zu halbieren.

Im Rahmen internationaler Organisationen ausgearbeitete einheitliche Länderstrategien sind wichtige Anhaltspunkte für die Erstellung nationaler Leitlinien für Länderprogramme. Nicht zuletzt durch das beständige Zusammenwirken von bi- und multilateraler Entwicklungszusammenarbeit soll eine kohärente Entwicklungspolitik erreicht werden.

Ziel der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist es, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern zu fördern, die einen direkten Niederschlag etwa in der

- Armutsbekämpfung,
- der Förderung von Demokratie, Konfliktprävention und Friedenssicherung,
- der Gleichstellung der Geschlechter oder
- der Forcierung von Umweltschutzmaßnahmen

findet.

Diese Grundsätze sind auch Kernpunkt des neuen, im April dieses Jahres in Kraft getretenen Bundesgesetzes zur Entwicklungszusammenarbeit.

Hinsichtlich der aufgewendeten Mittel liegt Österreich mit 0,23 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit leicht über dem Durchschnitt der OECD-Länder. Die gesamte öffentliche Entwicklungszusammenarbeit Österreichs betrug im Jahre 2000 459 Millionen Euro. Bis zum Jahre 2006 sollen die österreichischen Leistungen für Entwicklungszusammenarbeit wesentlich angehoben werden.

Die Steiermark hat eine lange und stolze Tradition in der Entwicklungszusammenarbeit und verfügt über eine lebendige entwicklungspolitische Szene mit intensiven Kontakten in die Entwicklungsländer.

Dem Lande Steiermark kommt im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit unter den Bundesländern eine Pionierstellung zu. Seit 20 Jahren, nämlich genau seit 1981 wurde ein eigener Budgetansatz geschaffen, der von damals 72.520 Euro schrittweise bis heute auf 145.000 Euro verdoppelt wurde. Gleichzeitig wurde im Jahre 1981 ein Beirat geschaffen, der die Steiermärkische Landesregierung in Fragen der Entwicklungszusammenarbeit berät, so vor allem in Fragen der Projektförderung.

Ein besonders großes und erfolgreiches Projekt war etwa das Alphabetisierungsprogramm für Erwachsene in Guatemala. Es geht dabei um ein Alphabetisierungsprogramm speziell für Landarbeiter. Ein anderes Beispiel typisch steirischer Entwicklungszusammenarbeit ist die erfolgreiche Kooperation der Städtepartnerschaft Leibnitz mit Kap Verde, die nächstes Jahr ihr 20-jähriges Bestehen feiert.

Die heutige Enquete möge als umfassende Informationsveranstaltung all jenen dienen, die in unserem Lande mit Agenden der Entwicklungszusammenarbeit betraut sind.

Die Enquete ist gemäß Paragraf 72 GeoLT öffentlich. Sie ist die dritte Enquete in der XIV. Gesetzgebungsperiode und wurde von vier Abgeordneten aller im Landtag vertretenen Fraktionen am 23. Oktober 2001 beantragt.

Zwecks Vorbereitung der heutigen Enquete wurde im Ausschuss für Europäische Integration am 4. Dezember 2001 ein Unterausschuss eingerichtet. Es waren Vertreterinnen und Vertreter von allen Fraktionen in diesem Unterausschuss anwesend.

Die Beratungen des Unterausschusses führten schließlich zum heutigen Tagungsprogramm.

In der Landtagssitzung am 16. April 2002 wurde das Tagungsprogramm einstimmig beschlossen.

Beim Einleitungsreferat steht Herrn Universitätsprofessor Dr. Franz Nuscheler eine Redezeit von 45 Minuten zur Verfügung.

Nach einer kurzen musikalischen Unterbrechung mit Klängen aus Afrika findet dann eine ebenso lange, zirka 45-minütige Diskussion statt.

Nach der um 10.45 Uhr stattfindenden Kaffeepause wird Wirklicher Hofrat Dr. Ernst Burger eine 40-minütige Power-Point-Präsentation im Rittersaal durchführen.

Anschließend wird Frau Mag. Gabriele Grundnig anstelle von Herrn Mag. Dietmar Schreiner ein weiteres 30-minütiges Referat halten.

Schließlich werden Vertreterinnen und Vertreter aller vier Landtagsfraktionen je ein kurzes Statement abgeben und eine gemeinsame Resolution überreichen.

Den Referenten, den Mitgliedern der Landesregierung, den Abgeordneten zum Steiermärkischen Landtag sowie den in der Einladung ausdrücklich darauf hingewiesenen Personen steht beschlussgemäß ein Rederecht zu. Ich ersuche jene Damen und Herren, die von ihrem Rederecht Gebrauch machen wollen, das in der Sitzungsunterlage enthaltene Formular auszufüllen und hier vorne beim Landtagsdirektor abzugeben.

Ich weise darauf hin, dass den Teilnehmern eine Redezeit von drei Minuten zusteht. Sie können Ihre Wortmeldung sowohl vom Rednerpult als auch von den zwei im rückwärtigen Bereich der Landstube befindlichen Mikrofonen abgeben.

Die heutige Enquete umfasst folgende Themenbereiche:

Neoliberalismus versus Entwicklungszusammenarbeit.

Schwerpunkte der Entwicklungspolitik des Landes Steiermark in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit (AGEZ) und der Plattform der entwicklungspolitischen Gruppen und Stärkung des „Fairen Handels“ in der Steiermark.

Referat zum Thema „Neoliberalismus versus Entwicklungszusammenarbeit beziehungsweise die EZA unter den Bedingungen der (neoliberalen) Globalisierung“ hält Herr Universitätsprofessor Dr. Franz Nuscheler, der Politikwissenschaft, Geschichte und Öffentliches Recht studierte. Promotion über die englische Verfassungstheorie. Von 1969 bis 1974 wissenschaftlicher Assistent und Oberrat an der Universität Hamburg. 1974 ordentlicher Professor für vergleichende und internationale Politik. In den Jahren 1987/1988 Gastprofessor in Japan und seit 1990 Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF).

Werter Herr Universitätsprofessor, ich ersuche Sie um Ihre Ausführungen und darf in Erinnerung rufen, 45 Minuten sind vorgesehen. Bitte.

**Prof. Dr. Franz Nuscheler:** Die Terroranschläge vom 11. September 2001 schienen der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) aus der politischen Irrelevanzfalle geholfen zu haben. Langfristig werden aber ihre Wirkungsmöglichkeiten von der Globalisierung bestimmt. Deshalb sollen hier drei Fragen im Mittelpunkt stehen:

Erstens: Was hat der 11. September – sprich: der internationale Terrorismus – mit dem Nord-Süd-Konflikt zu tun?

Zweitens: Verschärft die Globalisierung den Nord-Süd-Konflikt und provoziert damit den „Aufstand der Verdammten dieser Erde“ (nach einem berühmten Buchtitel von *Frantz Fanon*)?

Drittens: Was müsste getan werden, dass das, was der deutsche Bundeskanzler *Gerhard Schröder* auf dem New Yorker *Weltwirtschaftsforum* vom Februar 2002 vor der Weltöffentlichkeit feststellte, keine Sprechblase bleibt: „Es gibt keine globale Sicherheit ohne globale Gerechtigkeit!“ Das ist ein wunderbarer Merksatz! Entwicklungspolitiker allerorten forderten als Antwort auf den Terror eine weltweite Koalition für Gerechtigkeit und Solidarität, einen *Global Deal*.

Das wären in der Tat die richtigen Antworten. Aber in keinem anderen Politikfeld weicht der politische Alltag so weit von der Rhetorik von Sonntagsreden ab wie in der Entwicklungspolitik. Obwohl sich fast alle Welt darin einig zu sein scheint, dass Bomben und Raketen die Wurzeln des Terrorismus nicht erreichen können, werden nun

zwar hastig die Rüstungsetats aufgestockt – in den USA geradezu gigantisch –, aber für den entwicklungs-politischen *Global Deal* bleiben nur Krümel übrig. Zwar haben die USA und EU auf der UN-Konferenz „Financing for Development“ im mexikanischen Monterey Besserung gelobt, aber die Taten stehen noch aus.

Die Erfahrung lehrt, dass die Menschheit nur aus Katastrophen lernt. Allerdings lehrt sie auch, dass Katastrophen schnell wieder vergessen werden und ihre Lerneffekte nur teilweise nachhaltig sind, weil kurzfristige Nutzenkalküle das langfristige Denken und Handeln erschweren. Wie aber soll dann eine „weltweite Koalition für Gerechtigkeit und Solidarität“ zustande kommen?

### **Zur ersten Frage: Was hat der 11. September mit dem Nord-Süd-Konflikt zu tun?**

Nach dem Schock des 11. September schien auch in den Beziehungen zwischen unserer Welt und der anderen Welt, die wir immer noch ziemlich grobschlächtig Dritte Welt nennen, der Spruch zu gelten, dass schlagartig nichts mehr so sei, wie es vorher war. Die Suche nach den Ursachen des internationalen Terrorismus entdeckte nicht nur regionalspezifische Gründe (wie den ungelösten Nahost-Konflikt) oder religiös verbrämte Selbstrechtfertigungen fanatisierter „heiliger Krieger“, sondern auch Tiefenstrukturen des Nord-Süd-Konflikts:

- Erstens entdeckten wir nicht erst jetzt, dass aus Armut und Hoffnungslosigkeit soziale Frustrationen erwachsen, die überall den Nährboden für Gewaltbereitschaft bilden. Wir vergessen gelegentlich, dass sich diese Gewalt bereits tagtäglich in den Armenvierteln, auf den Straßen der Städte oder in Konflikten über das verknappende Land oder Wasser austobt.
- Die Schere zwischen Armut und Reichtum hat sich weiter geöffnet, zwischen dem reichen Norden und armen Süden, aber auch innerhalb der armen Welt mit ihren Inseln an obszörem Reichtum und Korruption. Dies gilt auch und gerade für die arabische Welt. Auch Elend demütigt, wenn man den Reichtum anderer sieht – und das Fernsehen bringt tagtäglich den wachsenden Gegensatz zwischen Armut und Reichtum auch in die Slumhütten.
- Zwar führt von Hunger kein direkter Weg zum Terrorismus, aber er schafft – auch in den Slums westlicher Großstädte – ein gewaltbereites soziales Klima und Rechtfertigungen für Gewalt. Richtig ist sicherlich, dass am 11. September kein „Aufstand der Verdammten dieser Erde“ stattfand, wie der bekannte Journalist *Gunther Gaus* das Geschehen deutete. Diese „Verdammten der Erde“ sind selten zur Rebellion fähig. Und die Attentäter von *al-Qaida* kamen nicht aus den Slumvierteln der arabischen Städte. Aber richtig ist auch, dass Hoffnungslosigkeit den Nährboden für Radikalismus jedweder Art bildet. Lateinamerikanische Theologen entwickelten eine „*Theologie der Befreiung*“, die auch dem gewaltsamen Widerstand gegen ungerechte Strukturen den Segen gab.
- Zweitens erzeugt die höchst ungleiche Machtverteilung in der Weltpolitik und Weltwirtschaft bei der Staatenmehrheit aus dem Süden und ihren Eliten Gefühle der politischen Deklassierung und Demütigung. Sie betrachten die globalen Institutionen (den UN-Sicherheitsrat, den IWF, die Weltbank oder WTO) als Kartell der Mächtigen und Reichen, die auch aus der Globalisierung möglichst große Vorteile für sich heraus schlagen, ohne die „Fußkranken der Weltwirtschaft“ an den Wohlstandsgewinnen zu beteiligen. Diesen Vorwurf machte ihnen auch der IWF-Generaldirektor *Horst Köhler* auf dem jüngsten Weltwirtschaftsforum in New York.
- Dieses Gefühl der Ohnmacht schafft Hass gegen den übermächtigen Westen, der sich nicht nur in der islamischen Welt in einer klammheimlichen Freude über die Terroranschläge gegen die Zitadellen der westlichen Wirtschafts- und Militärmacht Luft machte. Ein nachdenklicher US-Senator (und es gibt im Überschwang des Patriotismus nicht viele von dieser nachdenklichen Sorte) gab zu bedenken: „Wir wären sicher nicht der große Satan, wenn wir Kindern in armen Ländern den Schulbesuch oder die notwendigen Impfungen ermöglichen würden.“
- Drittens ist die Mischung aus Faszination und Verteufelung des Westens auch eine Reaktion auf die mit der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Überlegenheit vermengte kulturelle Arroganz des Westens, der viel von Partnerschaft redet, aber Dominanz praktiziert. Die politische und kulturelle Hegemonie des Westens ist nach dem Sieg gegen den Kommunismus noch selbstgerechter geworden. Sie provoziert besonders dort, wo ohnehin als Hypothek des Kolonialismus Minderwertigkeitsgefühle verbreitet sind.
- Viertens führte uns der 11. September wie in einem Brennglas die Verwundbarkeit der zunehmend globalisierten Welt vor Augen. Er nahm uns auch die Illusion, dass die wirklichen Krisen der Welt in sicherer Entfernung von den Wohlstandsregionen stattfinden: also Hunger und Verelendung, Bürgerkriege und Staatenzerfall, Umweltkrisen und Fluchtbewegungen. Der 11. September konkretisierte, was der Soziologe *Ulrich Beck* „globale Risikogesellschaft“ nannte, aus der sich keine Gesellschaft heraushalten kann. Die Globalisierung rückt uns unausweichlich auch Fehlentwicklungen in weit entfernten Weltregionen näher. Das Terrornetzwerk von *al-Qaida* war wie ein multinationales Unternehmen organisiert, das alle destruktiven Potenziale der Globalisierung zu nutzen verstand. Was am 11. September geschah, kann als eine Perversion der Globalisierung gedeutet werden.

### **Zur zweiten Frage: Verschärft die Globalisierung den Nord-Süd-Konflikt?**

Parallel zum New Yorker *Weltwirtschaftsforum*, auf dem sich die politischen und wirtschaftlichen Größen der Welt, garniert mit einigen prominenten Wissenschaftlern, versammelten, veranstalteten die aus aller Welt ange-reisten „Globalisierungsgegner“ im südbrasilianischen Porto Alegre das zweite *Weltsozialforum*: Hier die „globalen Gouvernanten“, dort die „globale Opposition“. Vorher hatten diese „Globalisierungsgegner“ schon in Seattle, Prag,

Göteborg und Genua am Rande von Konferenzen der WTO, Weltbank/IWF und G7/8 Angst und Schrecken verbreitet, weil sich notorische Krawallmacher und gewaltbereite Rollkommandos unter die friedlichen Demonstranten mischten.

Wer sind diese „Globalisierungsgegner“? Die Medien, die bevorzugt über Krawalle berichten, würfeln bald ganz unterschiedliche Gruppen, friedliche Demonstranten und gewaltbereite Krawallmacher in diesem Sammelbegriff zusammen. Diese nach Herkunft und politischer Ausrichtung buntscheckige transnationale Sammlungsbewegung demonstrierte gegen Verschiedenes:

- Dritte-Welt-Gruppen aus aller Welt gegen die handelspolitische Benachteiligung der Entwicklungsländer und gegen alles, was die Überwindung von Unterentwicklung und Armut erschwert;
- Menschenrechtsgruppen gegen die Ausbeutung von Kinderarbeit, die Verletzung von sozialen Menschenrechten durch die global operierenden multinationalen Unternehmen und das Hofieren von Diktaturen, wenn sie gute Geschäfte versprechen;
- Frauengruppen gegen die miserablen Arbeitsbedingungen in den „Weltmarktfabriken“ in den Exportzonen;
- Umweltgruppen gegen einen Freihandel, der die ökologische Rücksichtslosigkeit zu einem Wettbewerbsvorteil zu machen droht;
- Verbraucherverbände gegen die weltweite Verbreitung genmanipulierter Nahrungsmittel;
- linke Gruppen gegen den globalen „Turbokapitalismus“ oder „Raubtierkapitalismus“ (nach der Terminologie von *Helmut Schmidt*). Selbst der Großspekulant *George Soros* gebraucht solche polemisch klingende Begriffe.

Was die „Globalisierungsgegner“ untereinander und mit vielen Zeitgenossen verbindet, sind Ängste vor bereits erkennbaren oder befürchteten Risiken der Globalisierung. Es ist die Gegnerschaft zu einem „Terror der Ökonomie“, der unter dem ideologischen Firmenzeichen des Neoliberalismus das Konkurrenz- und Profitprinzip dem sozialen und ökologischen Weltgemeinwohl überzuordnen droht; und es ist die Kritik am Oligopol der Reichen und Mächtigen, die sich hinter Polizeiketten verschanzen und demokratischer Kontrolle zu entziehen versuchen. Gemeinsam fordern sie eine demokratisch kontrollierte und an Prinzipien der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit orientierte Gestaltung der Globalisierung. Sie haben deshalb keine Schelte, sondern Lob verdient – solange sie keine Gewalt anwenden. Der frühere französische Finanzminister *Strauss-Kahn* bescheinigte ihnen, wichtige und richtige Fragen gestellt, allerdings nicht immer die richtigen Antworten gegeben zu haben.

Wichtig ist mir die folgende Prämisse: Die Globalisierung ist nicht mehr aufzuhalten: Sie ist ein welthistorischer Megatrend. Sie ist aber kein schicksalhaftes Naturereignis, sondern das Ergebnis politisch gewollter Strategien, Neoliberalismus genannt, die in den Schaltzentren der Weltpolitik und Weltwirtschaft ausgedacht wurden. Es kann deshalb nur darum gehen, das davongaloppierende Pferd durch soziale und ökologische Leitplanken einzufangen und zu zähmen, mit anderen Worten: die Globalisierung politisch zu gestalten. Deshalb arbeiten ganze Forschergruppen – unter ihnen das Duisburger INEF (*Institut für Entwicklung und Frieden*) – am Projekt *Global Governance*, das darüber nachdenkt, wie eine politische Gestaltung der Globalisierung durch globale Regelwerke aussehen könnte.

### **Wer sind die Gewinner und Verlierer der Globalisierung?**

Die Apologeten der Globalisierung verkünden frohe Botschaften: Die Liberalisierung der Märkte habe eine wachstumsfördernde Wirkung und mehr Wachstum bedeute mehr Wohlstand. Aber wo und für wen? Die Kritiker der Globalisierung halten dagegen, dass ihr Segen nur den Starken in der Weltwirtschaft, außerdem nur wenigen Entwicklungsländern und dort vielfach nur Minderheiten zugute komme. Beispielhaft war eine in der „Süddeutschen Zeitung“ (vom 29./30. September 2001) geführte Kontroverse: Während der Wirtschaftswissenschaftler *Carl Christian von Weizsäcker* den globalisierten Weltmarkt als „Wohlstandsmaschine“ verklärte, hielt die „Globalisierungsgegnerin“ und *Attac*-Aktivistin *Susan George* entgegen: „Die Profite explodieren, die Armen verlieren!“ Der letztjährige Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften *Joseph Stiglitz* kommt in seinem Buch „Im Schatten der Globalisierung“ zum Ergebnis, dass die Industrieländer Gewinner und die Mehrheit der Entwicklungsländer Verlierer der Globalisierung seien.

Beide Seiten können ihre Argumente mit einer Fülle von Daten belegen. Die Globalisierung hat Gewinner und Verlierer, sowohl auf der Ebene der Staatenwelt als auch innerhalb der Gesellschaften, sowohl im Norden als auch im Süden. Sie hat viele Janusköpfe und ist ein höchst ambivalentes Phänomen. Sie bietet einerseits wettbewerbsfähigen Schwellenländern neue Chancen auf dem zunehmend deregulierten Weltmarkt und droht andererseits, ganze Regionen wirtschaftlich und politisch noch weiter ins Abseits zu drängen. Diese Ambivalenz schafft Bewertungsprobleme.

Der vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) besorgte *Bericht über menschliche Entwicklung 1999* belegte mit einer Fülle von Daten eine „Globalisierung ohne menschliches Gesicht“. Das plakative Bild einer „globalen Apartheid“ der Lebenschancen bezieht sich vor allem auf die großen sozialen Disparitäten zwischen dem reichsten und ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung. Das Einkommensgefälle zwischen diesen beiden Gruppen hat sich in den vier Jahrzehnten zwischen 1960 und 2000 mehr als verdoppelt. Aber kann diese wachsende Ungleichheit wirklich der Globalisierung angelastet werden?

Einmal abgesehen von allen Faktoren, die Entwicklung erschweren oder gar verhindern – seien es Kriege, Korruption, fallende Rohstoffpreise, das hohe Bevölkerungswachstum, AIDS oder Dürrekatastrophen: Allein der statistische Mechanismus öffnet die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter. Ein Rechenbeispiel zur Illustration

tion: Würde in den reichsten Ländern das Pro-Kopf-Einkommen von rund 26.000 US-Dollar pro Jahr nur um einen Prozent wachsen, wären dies immerhin 260 US-Dollar; würde es in den ärmsten Ländern mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 420 US-Dollar sogar um 10 Prozent wachsen, wären es dennoch nur 42 US-Dollar.

Die Frage, ob der Süden abgehängt wird, muss aber auch die drei Fünftel berücksichtigen, die zwischen diesen beiden Extremen liegen. Die Globalisierung hat ausgrenzende und integrierende Effekte. Nicht abgehängt, sondern an die weltwirtschaftlichen Zentren angehängt werden die Erdöl exportierenden Länder, deren Rohstoff die Industrieländer dringend brauchen und sie auf Grund der hohen Deviseneinnahmen zu attraktiven Exportmärkten machte. Nicht abgehängt wurden auch die Schwellenländer in Ost- und Südostasien sowie in Lateinamerika, die wichtige Exportmärkte und Investitionsstandorte, Produzenten hochwertiger Konsumgüter und Nahrungsmittel, teilweise auch Anbieter von Online-Dienstleistungen sind. Indien ist zugleich eine Elendsregion und große Software-Fabrik, in der weltweit nachgefragte IT-Spezialisten heranwachsen.

Die Schwellenländer oder *Emerging Markets* im Börsenjargon nutzten die Chancen, die ihnen ein zunehmend liberalisierter Weltmarkt bot. Zuvor mussten sie sich aber durch eine kluge Entwicklungspolitik dazu befähigen, konkurrenzfähig zu werden. Sie waren Gewinner der Globalisierung, Verlierer auch die nicht mehr wettbewerbsfähigen Branchen hiezulande. Die Globalisierung fordert nicht nur im Süden, sondern auch im Norden Strukturanpassungen, die mit hohen sozialen Kosten verbunden sind. Das brutale Konkurrenzprinzip lautet: *Adjust or die!* Passe dich an oder du gehst unter! Allerdings haben die reichen Gesellschaften mehr Potenzial und Handlungsspielraum für Anpassungsleistungen, zum Beispiel im Ruhrgebiet, wo Kohle und Stahl Opfer des Strukturwandels wurden.

Nach Prognosen der WTO und OECD werden fast alle Ländergruppen irgendwie von der Liberalisierung des Welthandels profitieren – mit Ausnahme der Rohstoffländer des subsaharischen Afrika, die in der Regel nur Rohstoffe auf niedriger Verarbeitungsstufe mit entsprechend geringer Wertschöpfung exportieren können. Während die fernöstliche Wachstumsregion ihre Export- und Entwicklungserfolge vor allem der Ausfuhr wettbewerbsfähiger Industriegüter verdankt, werden die Rohstoffländer noch weiter von der weltwirtschaftlichen Dynamik abgekoppelt. Aber diese Abkoppelung ist kein Folgeproblem der Globalisierung, nicht von zu viel, sondern eher von zu wenig Beteiligung an der Globalisierung sowie der Unfähigkeit, im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Viele Entwicklungsländer sind heute weltwirtschaftlich stärker marginalisiert als in der Periode der Dekolonisierung. Was sie anbieten können – nämlich Rohstoffe und billige Arbeitskräfte –, wird immer weniger nachgefragt oder ist im Überfluss vorhanden. Dagegen exportiert das kleine Singapur wertmäßig schon mehr als das riesige Russland. Der Grund: Im internationalen Wettbewerb zählen nicht mehr Tonnen, sondern Kilobytes. Rohstoffe, deren Preise starken Schwankungen unterliegen und tendenziell fallen, haben als Entwicklungsressource keine Zukunft. Hier geht es also nicht um finstere Mächte der Globalisierung, sondern um den nüchternen Mechanismus von Angebot und Nachfrage.

Afrika befand sich schon im weltwirtschaftlichen Abseits und hing am Tropf der Auslandshilfe, bevor von Globalisierung die Rede war. Die allermeisten afrikanischen Staaten konnten auch die handelspolitischen Präferenzen, die ihnen die EU im Rahmen der *Lomé-Verträge* einräumte, nicht nutzen. Die Folge ist, dass Afrika immer weiter von der weltwirtschaftlichen Dynamik abgekoppelt wird und auf Überlebenshilfe von außen angewiesen bleibt.

Die Antwort von *Ralf Dahrendorf* auf die vom *Brandt-Bericht* behaupteten „gemeinsamen Überlebensinteressen“ von Norden und Süden lautete schon damals (also 1980) kurz und bündig: Der Norden brauche aus ökonomischen Gründen große Teile des Südens nicht. Die Frage bleibt, ob er sich politisch leisten kann und aus moralischen Gründen leisten will, die Armutregionen der Welt, die auch Krisenherde sind, dem blanken wirtschaftlichen Nutzenkalkül auszuliefern; ob also die politische Rationalität, die auch langfristig denkt, über die kurzfristige ökonomische Rationalität obsiegen kann.

Diese Fragen wurden nach dem 11. September 2001 brandaktuell. Die „heiligen Krieger“ des Djihad haben nicht nur der Hegemonie des Westens in der Weltpolitik und Weltwirtschaft und der eigenen politischen Deklassierung, sondern auch der sozialen Polarisierung in der Weltgesellschaft den Kampf angesagt.

### **Ist die Globalisierung ein ökologisches Debakel?**

Seit dem klassischen Werk von *Adam Smith* (1723–1790) über den „*Wohlstand der Nationen*“ gehört es zum Credo von liberalen Wirtschaftstheoretikern und -politikern, dass ein von staatlichen Eingriffen und protektionistischen Maßnahmen weitgehend befreiter Außenhandel allen Handeltreibenden zum Vorteil gereiche. Wenn der Freihandel allen Wohlstand verspricht, warum gab es dann in Seattle oder Genua so militante Proteste gegen eine weitere Liberalisierung des Welthandels? Dort schlossen sich Umweltgruppen aus aller Welt den Protestaktionen an, weil sie dem durch die WTO entfesselten Freihandel unterstellen, die globalen und lokalen Umweltprobleme zu verschärfen. Die ökologische Kritik an der durch den Freihandel vorangetriebenen Globalisierung konzentriert sich auf die folgenden, bereits erkennbaren Entwicklungstrends:

**Erstens:** Die Ausdehnung des Welthandels durch den Abbau von Handelsbarrieren hat eine Vermehrung von Transportleistungen zu Land, zu Wasser und in der Luft zur Folge. Die Revolutionierung des Transportwesens verringerte zwar die Transportkosten und -zeiten, erhöhte aber die Umweltbelastung durch höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen, die eine Hauptursache für den Treibhauseffekt bilden. Die Internationalisierung der Produktion durch Zerlegung der Verarbeitungsstufen auf weltweit verstreute Standorte vergrößert die Transport-

leistungen. Viele Produkte haben schon weite und verzweigte Wege hinter sich, bevor sie hierzulande auf den Ladentischen landen. Die wachsende Mobilität von Menschen und Waren über viele Grenzen hinweg ist ein Merkmal der Globalisierung, aber ein schwer wiegendes ökologisches Problem.

**Zweitens:** Die Verschärfung der internationalen Konkurrenz könnte zum „*Öko-Dumping*“ verleiten, wenn geringere Aufwendungen für den Umweltschutz zum Kosten- und Standortvorteil werden. Viele Entwicklungsländer sind im Wettbewerb um Auslandsinvestitionen bereit, sich als Standorte für „schmutzige Industrien“ anzubieten. In- und ausländische Unternehmen sind dann in der Lage, mit geringen Umweltkosten zu produzieren und zu entsprechend günstigen Preisen zu exportieren. Hier entsteht eine Verzerrung des Wettbewerbs, die *Öko-Dumping* zu einem Wettbewerbsvorteil macht und bestraft, wer in den Umweltschutz investiert. Dies gilt vor allem für Branchen (wie Eisen und Stahl, Metallverarbeitung, Chemie, Papier) mit hohen Umweltbelastungen. Die fernöstlichen „Tigerstaaten“ verdanken ein Gutteil ihrer Wettbewerbsfähigkeit auch dieser ökologischen Rücksichtslosigkeit, die sie zu einem Kontrastmodell von „nachhaltiger Entwicklung“ machte. Freihandel und Umweltschutz wären nur dann keine Gegensätze, wenn weltweit die externen Kosten der Umweltverschmutzung in die Preise einkalkuliert, also „internalisiert“ würden. Dies verlangt auch eine wirklich marktwirtschaftliche Ordnungs- und Wettbewerbspolitik.

**Drittens:** Die Liberalisierung des internationalen Agrarhandels verspricht zwar den exportfähigen Ländern wie Brasilien oder Thailand höhere Handelsgewinne, verführt sie aber zum Ausbau ökologisch fataler Monokulturen, zum Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen und zur Vernachlässigung der Ernährungssicherung aus eigener Kraft. Beispiel: Die verheerenden Waldbrände in Borneo, die 1998 für ein Drittel des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich waren, konnten auch Plänen des Nestlé-Konzerns, auf den abgebrannten Flächen Ölpalmlantagen aufzuziehen, angelastet werden. Das Agrarabkommen innerhalb des WTO-Regelwerkes, das auch die Agrarmärkte der Entwicklungsländer öffnet, bedroht die Existenz von vielen Millionen Kleinbauern, die bisher lokale Märkte mit Grundnahrungsmitteln versorgten.

Die Frage ist allerdings, ob alle diese Umweltsünden dem Freihandel und der Globalisierung oder nicht vielmehr dem verantwortungslosen Handeln von Staaten, Unternehmen und VerbraucherInnen anzulasten sind. Der Fernhandel wächst nur, wenn die Nachfrage wächst. Es sind auch unaufgeklärte VerbraucherInnen hierzulande, die im Winter Schnittblumen, Weintrauben oder Erdbeeren aus sonnigen Regionen nachfragen.

Bisher hat der Handelsprotektionismus vor allem den Entwicklungsländern geschadet, ohne der Umwelt viel zu nutzen. Deshalb begegnen die Entwicklungsländer und Umweltgruppen im Süden der Debatte über die Internationalisierung von Umweltstandards mit großem Misstrauen. Sie erwarten von einer neuen Welthandelsordnung keine sozialen und ökologischen Auflagen, sondern die Herstellung fairer Handelsbedingungen, den Abbau des Protektionismus (vor allem des Agrarprotektionismus der EU), eine größere Teilhabe an den Handelsgewinnen, die den Nutznießern der WTO zufließen und nicht zuletzt mehr Einfluss in der WTO, die sie – wie den IWF und die Weltbank – als ein Instrument westlicher Interessen verdächtigen.

### **Globalisierung und Menschenrechte: Gehen „Multis“ über Leichen?**

Menschenrechtsgruppen befürchten, dass die Globalisierung alle Fortschritte in der normativen Ausgestaltung der Menschenrechtskataloge unterlaufen könnte: die sozialen Menschenrechte durch eine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Frauenrechte durch eine noch größere Ausbeutung in den „Weltmarktfabriken“ und durch eine Interkontinentalisierung des Frauenhandels, die Kinderrechte durch die Ausweitung von Kinderarbeit und von Kinderprostitution. Der Jahresbericht 2001 von *Amnesty International* leitete aus dem wachsenden ökonomischen Druck, den die Globalisierung in allen Gesellschaften erzeuge, eine systemische Gefährdung der Menschenrechte ab. Sind diese Befürchtungen begründet?

Die Öffnung der Märkte für Kapital, Güter und Dienstleistungen und die Konkurrenz um Standortvorteile haben die Fähigkeiten von Staaten, soziale Mindeststandards durchzusetzen, geschwächt und die Verhandlungsmacht von multinationalen Unternehmen gestärkt. Ihre transnationale Organisation schwächt auch die Organisationsmacht national organisierter Gewerkschaften.

Die sozialen Menschenrechte sollen die Globalisierung humanisieren, aber ihre regulative Kraft ist schwach, während die Macht des Kapitals, das die Globalisierung vorantreibt, groß ist. Richtig ist sicherlich, dass eine pauschale „Multi-Schelte“, wie sie große Teile der „Dritten-Welt-Szene“ noch immer pflegen, dem Verhalten vieler durchaus verantwortungsbewusster „Multis“ nicht gerecht wird: Sie sind nicht allesamt rücksichtslose Ausbeuter, die notfalls auch über Leichen gehen, wie es zum Beispiel Shell in Nigeria vorexerziert hat.

Viele dieser *global players*, deren Umsatz größer ist als das Sozialprodukt vieler Staaten, haben sich dem vom UN-Generalsekretär Kofi Annan angeregten *Global Compact* angeschlossen, der ihnen soziales und ökologisches Wohlverhalten abverlangt und ihnen als Gegenleistung das Privileg einräumt, mit dem UN-Logo für ihre *best practices* zu werben. Aber diese Selbstverpflichtungen sind freiwillig, können das Verschweigen von *worst practices* nicht verhindern und außerdem die berüchtigten schwarzen Schafe nicht bekehren. Dennoch dokumentiert der *Global Compact* den Versuch, der Eigendynamik der Globalisierung ordnungspolitische Zügel anzulegen.

### **Es gibt Licht und Schatten**

Wir müssen uns vor einer verkrampten Schwarzmalerei hüten, die nur Risiken und Schattenseiten der Globalisierung hervorkehrt. Sie ist ein ambivalentes Phänomen, die auch Chancen verspricht. Einige sollen hier zumindest erwähnt werden:



Erstens: Die Globalisierung machte nicht nur die Marktwirtschaft, sondern auch die Demokratie zu einem universellen Leitmodell, das auch Diktaturen unter Rechtfertigungsdruck setzt. Der „offene Himmel“ der globalen Telekommunikation sorgt dafür, dass sie die Botschaft der Menschenrechte nicht von ihren Territorien fernhalten können; er sorgt für mehr Informationsfreiheit als alle Menschenrechtspakte, die von Diktaturen ignoriert werden.

Zweitens: Nationalstaaten werden ebenso wie global operierende Unternehmen international rechenschaftspflichtig, weil ihr Handeln zunehmend an weltweit gültigen Standards gemessen wird. Die aus aller Welt berichtenden Medien schaffen eine Weltöffentlichkeit, die auch Diktaturen oder mächtige „Multis“ fürchten. Der so genannte „CNN-Faktor“ ist ein Machtfaktor in den internationalen Beziehungen, nicht nur in Kriegszeiten.

Drittens: Transnational vernetzte Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mischen sich in der Menschenrechts-, Umwelt- und Entwicklungspolitik verstärkt in die Innen- und Außenpolitik der Staaten ein und setzen diese unter den Legitimationsdruck von internationalen Abkommen. Sie haben es durch geschickte und international vernetzte Kampagnen geschafft, dass sich immer mehr Unternehmen sozialen und ökologischen Selbstverpflichtungen unterwerfen. Beispiele hierzulande sind der Otto-Versand, Karstadt und die Wattenscheider Steilmann-Gruppe. Die ausbeuterische Kinderarbeit wurde nicht so sehr durch die UN-Kinderkonvention, sondern durch die Rolle von zivilgesellschaftlichen *watchdogs* und *biting dogs* zurückgedrängt. Wir haben noch keine „NGOisierung der Weltpolitik“, aber ein wirksames Mitmischen von privaten Akteuren in der Weltpolitik. Man kann die NGOs als wirksame „Globalisierungswächter“ bezeichnen. Besonders hervorzuheben hat sich neuerdings die von Frankreich ausgegangene Sammlungsbewegung *Attac*.

Viertens: Weil die überforderten Zentralregierungen nicht mehr alles „top-down“ regeln können, wachsen die Handlungsspielräume von Regionen, Gruppen und Individuen. Auf allen politischen Handlungsebenen bildeten sich neue Politiknetzwerke heraus, in denen staatliche und private Akteure nach gemeinsamen Problemlösungen suchen. Politiker und Bürokraten haben erkannt, dass sie das Managementpotenzial von Unternehmen, das Wissen der Wissenschaft und das Engagement der Zivilgesellschaft brauchen. Politik funktioniert nicht mehr wie zu Bismarcks Zeiten. Überall werden zentralistische Strukturen mit Forderungen nach Dezentralisierung konfrontiert. „Top-down“ is out, „bottom-up“ is in.

Fünftens: Der Globalisierungsdruck förderte auch verschiedene regionale Kooperations- und Integrationsprojekte, die wichtig für die Bündelung schwacher Kräfte sind. Auch Afrika unternahm mit der Gründung einer AU (*African Union*) einen neuen Versuch, sich aus seiner Ohnmacht zu befreien. Der Süden muss sich selbst besser organisieren, um seinem Anspruch, an der Gestaltung der Weltpolitik und Weltwirtschaft beteiligt zu werden, mehr Nachdruck zu geben. Macht reagiert nur auf Gegenmacht.

### **Zum Schluss die dritte Frage: Gibt es Auswege aus der „Globalisierungsfalle“ und damit aus dem Syndrom, das Gewalt gebiert?**

Die Verteilung von Risiken und Chancen sollte sowohl vor einer pauschalen Verteufelung als auch vor einer unkritischen Romantisierung der Globalisierung warnen. Sie ist weder ein Teufelswerk noch eine Heilsgeschichte, weder im Norden noch im Süden. Auch das Wehklagen über die „Ohnmacht der Politik“ ist wenig hilfreich. Ein solcher Defätismus könnte ihr sogar ein Alibi für das Versagen liefern, das als notwendig Erkannte zu tun.

Die globalisierte Wirtschaft braucht einen sozialen und ökologischen Ordnungsrahmen, den ihr nur eine globalisierte Politik geben kann. Sie muss sich auf verbindliche Sozial- und Umweltstandards verständigen, die auch den globalen „Raubtier-Kapitalismus“ davon abhalten können, auf Kosten von Mensch und Natur möglichst große Profite zu machen. Es ist ihre Aufgabe, die Globalisierung nach dem normativen Maßstab eines Weltgemeinwohls zu gestalten, der verbietet, dass Wirklichkeit wird, was die beiden Autoren der „Globalisierungsfalle“ als unausweichliches Schicksal horrifizierten. Deshalb denken inzwischen viele über *Global Governance* nach.

### **Was kann und soll die EZA unter den Bedingungen der Globalisierung leisten?**

Auf diese Frage sollen die der Enquete des Steiermärkischen Landtages vorgelegten Thesen zu einer als „globaler Strukturpolitik“ verstandenen Entwicklungszusammenarbeit eine zusammenfassende Antwort geben:

Erstens: Die Verteilung von Risiken und Chancen sollte sowohl vor einer pauschalen Verteufelung als auch vor einer unkritischen Romantisierung der Globalisierung warnen. Sie ist weder ein Teufelswerk, der alles Unheil in der Welt angelastet werden kann, noch eine Heilsgeschichte, die auch den Armutgruppen in aller Welt Wohlstand verspricht. Sie ist aber ein weltgeschichtlicher Megatrend, der nicht aufgehalten werden kann, auch nicht durch die breite Front der „Globalisierungsgegner“. Was also tun? Die globalisierte Wirtschaft braucht einen sozialen und ökologischen Ordnungsrahmen, den ihr nur eine neue multilaterale Kooperationskultur (spricht: *Global Governance*) geben kann. Sie muss sich auf verbindliche Sozial- und Umweltstandards verständigen, die den globalen „Raubtier-Kapitalismus“ (Helmut Schmidt) davon abhalten können, seine unbändige Eigendynamik auf Kosten von Mensch und Natur zu entfalten. Das Leitbild der „globalen nachhaltigen Entwicklung“ oder einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft, die die konstruktiven Energien des Markts nutzt und seine destruktiven Kräfte zu bändigen versucht, verträgt sich nicht mit einer deregulierten (neoliberalen) Weltwirtschaft.

Zweitens: Dieses Leitbild setzt auch der EZA Maßstäbe. Es bedeutet

- eine **wirtschaftliche Entwicklung**, die das Ziel von Wachstum und Wohlstandsmehrung mit größerer Verteilungsgerechtigkeit verbindet und die „Gerechtigkeitslücke“ zwischen Norden und Süden sowie innerhalb der Gesellschaften zu verringern versucht;
- eine **soziale Entwicklung**, die allen Menschen eine menschenwürdige Existenz (*human security*) ermöglicht;

- eine **ökologische Entwicklung**, bei der die natürlichen Ressourcen nur so genutzt werden, dass sie im Sinne einer intergenerativen Gerechtigkeit auch künftigen Generationen in ausreichender Menge zur Erreichung der wirtschaftlichen und sozialen Ziele zur Verfügung stehen;
- eine **politische Entwicklung**, die auf Demokratie, Beachtung der Menschenrechte, Partizipation und Gleichberechtigung der Geschlechter beruht.

Der Leitsatz der „globalen nachhaltigen Entwicklung“ lautet also: Ökonomische, soziale, ökologische und politische Leistungsfähigkeiten bedingen einander und können nicht teiloptimiert werden, ohne Entwicklungsprozesse als Ganzes in Frage zu stellen. Diesem Leitsatz ist auch – überraschenderweise – der brandaktuelle *Weltentwicklungsbericht 2003* der Weltbank verpflichtet.

Drittens: Entwicklung kann nicht allein durch Förderung von Projekten bewirkt werden, sondern bedarf zuvörderst der Veränderung entwicklungshemmender Strukturen. Einzelprojekte staatlicher wie nicht staatlicher Träger müssen sich deshalb an der Förderung struktureller Reformen beteiligen. Die Hauptverantwortung für entwicklungsfördernde Strukturreformen tragen die Entwicklungsländer selbst, zumals sie „*ownership*“ beanspruchen für Reformen der internationalen Finanz- und Handelsstrukturen, die Entwicklungschancen determinieren, aber die OECD-Länder, die das Sagen in der Weltwirtschaft haben.

Viertens: Die internationale EZA muss wieder die Handlungsfähigkeit der Staaten stärken, nachdem der neoliberale „Washington-Konsensus“ nicht nur zum Abbau eines lähmenden Staatsinterventionismus und Bürokratismus geführt hat, sondern auch die Fähigkeit geschwächt hat, konstruktiv mit den eigenen Problemen und mit dem Globalisierungsdruck umzugehen. „*Capacity building*“ setzt „*institution building*“ und die Bildung von Humankapital voraus. In den so genannten „*failed states*“, die nur noch als virtuelle Staatsgebilde existieren, geht es aber zunächst um die Wiederherstellung des Gewaltmonopols und grundlegender Rechtstaatlichkeit. Hier müssen die Instrumente der Krisenbearbeitung eingesetzt werden, die die UN-„Agenda für den Frieden“ vorgeschlagen hatte. In dem von der Außenministerin Ferrero-Waldner herausgegebenen Buch über die „Zukunft der EZA“ werden diese Vorschläge elaboriert und konkretisiert.

Fünftens: Das Leitbild der „globalen nachhaltigen Entwicklung“ verlangt die Konzentration der verknappenden EZ-Mittel auf Bereiche, in denen es um die Lösung globaler Probleme mit hoher Risikostreuung geht, also vor allem auf die Armutsbekämpfung, die Eindämmung der Umweltzerstörung und auf die friedenssichernde Konfliktprävention. Die Nagelprobe für eine EZA, die ihre tiefe Sinn- und Rechtfertigungskrise überwinden will, liegt vor allem in einer glaubwürdigen Armutsorientierung, die zugleich eine Voraussetzung für langfristiges Wachstum, die Verhinderung von gewaltsamen Verteilungskonflikten und einen schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen bildet, weil Armut Gift für die Umwelt ist.

Sechstens: Eine als globale Strukturpolitik verstandene EZA bewegt sich nicht auf einer Nord-Süd-Einbahnstraße, sondern verlangt allen Gesellschaften Bewusstseins- und Verhaltensänderungen ab. Die Menschen und Staaten des Nordens müssen erkennen, dass sie für die Probleme in scheinbar entfernten Regionen, die ihnen die Globalisierung näher rückt, sowohl mitverantwortlich als auch von ihren Folgen betroffen sind. Hier ist die Bildungsarbeit gefordert – und damit auch Länder und Kommunen, Medien und Schulen.

Siebtens: Die Hegemonie eines „Kartells der Reichen und Mächtigen“ in der Weltpolitik und Weltwirtschaft ist unvereinbar mit einer neuen internationalen Kooperationskultur. Die Staatenmehrheit aus der Dritten Welt wird nur dann zu kooperativen Problemlösungen (zum Beispiel in der Umweltpolitik) bereit sein, wenn ihr erstens mehr Gleichberechtigung in wichtigen internationalen Organisationen (wie IWF, Weltbank und WTO) und in internationalen Verhandlungsprozessen zugestanden wird und wenn sie zweitens an den Handels- und Wohlstandsgewinnen, die aus der Globalisierung resultieren, angemessen beteiligt wird. Dies bedeutet vor allem Öffnung der Märkte für Produkte, bei denen die Entwicklungsländer komparative Vorteile haben.

Achtens: Die bi- und multilaterale EZA sollte stärker als bisher regionale Kooperationsprojekte unterstützen, um regionale Problemlösungskapazitäten aufzubauen und überforderte globale Organisationen (wie das gesamte UN-System) zu entlasten. Das Prinzip der Subsidiarität erfordert die Stärkung regionaler Organisationen, wie es die EU bereits versucht. Das Leitbild ist die „föderale und subsidiäre Weltrepublik“ (nach dem Philosophen Otfried Höffe).

Neuntens: Die großen Aufgaben in der globalen Entwicklungs- und Umweltpolitik können nicht mit schrumpfenden Entwicklungsetats bewältigt werden. Es geht nicht nur um mehr Geld, aber mit weniger Geld ist nicht zu schaffen, was auf den vielen Weltkonferenzen einvernehmlich zur Lösung vielschichtiger Probleme beschlossen wurde. Auch die Zusagen der EU auf der Konferenz in Monterey, bis zum Jahr 2006 einen Durchschnittswert von 0,39 Prozent des BNE (Bruttonationaleinkommens) beziehungsweise von Nachzüglern wie Deutschland und Österreich, mindestens 0,33 Prozent zu erreichen, bleiben nicht nur weit hinter dem „UN-Ziel“ von 0,7 Prozent zurück, sondern reichen schlicht zur Bewältigung der Probleme, die auf uns zukommen, nicht aus. Mit Krümeln des Reichtums wird auch das von allen OECD-Ländern beschworene „Millenniumziel“, bis zum Jahr 2015 die absolute Armut zu halbieren, verfehlt werden. Es ist nicht so, als habe die EZ nichts erreicht. Sie hat sogar viel erreicht. Aber sie hätte noch mehr erreichen können, wenn sie nicht so sehr in den Dienst kommerzieller und außenpolitischer Interessen gestellt worden wäre.

Zehntens: Nicht nur schrumpfende Entwicklungsetats, sondern auch Einsichten, wie Fähigkeiten zur kooperativen Problembearbeitung aufgebaut werden können, verlangen die Suche nach neuen Formen von *Public-private partnership* (PPP). Ohne die finanziellen und organisatorischen Ressourcen der weltweit agierenden „Multis“ und ohne das Engagement der zunehmend transnational organisierten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ist die

Lösung vieler Weltprobleme nicht mehr möglich. Zivilgesellschaftliches Engagement ist nicht nur eine demokratische Tugend, sondern bringt auch eine Menge Sachkunde und Bewegung in die Politik. Globale Politiknetzwerke nach dem Muster der „*World Commission on Dams*“ (WCD), die Staaten, internationale Organisationen, Unternehmen und NGOs an den Verhandlungstisch brachte, sind ein neues Modell für das „Regieren jenseits der Staaten“. Die EZA braucht die NGOs, nicht nur zur Durchführung von Projekten, sondern noch mehr zur Mobilisierung von Solidarität hierzulande.

Elftens: Die EZA kann ihren erweiterten Aufgabenkatalog nur dann erfüllen, wenn sie als politische Querschnittsaufgabe konzipiert wird, also zusammen mit der Außen- und Menschenrechtspolitik, der Handels- und Finanzpolitik, der Umwelt- und Agrarpolitik in eine kohärente Gesamtpolitik eingebunden wird. Die nationale EZA muss auch besser als bisher mit der europäischen und globalen Ebene koordiniert werden. Die GASP ist ohne eine stärkere Europäisierung der EZA in den Nord-Süd-Beziehungen nur begrenzt handlungsfähig. Globale Strukturpolitik heißt mehr Koordination von Akteuren und mehr Kohärenz von Politikbereichen. Mit anderen Worten: die isolierte „Projektitis“ ist out. Dies müssen auch Hilfswerke begreifen.

Zwölftens: Globale Strukturpolitik soll den „Fußkranken der Weltwirtschaft“ helfen, die Chancen der Globalisierung zu nutzen und sie davor zu bewahren, dass sie noch weiter von der Dynamik der Weltwirtschaft abgekoppelt werden. Wir müssen begreifen, dass wir auch die Armutsregionen, die potenzielle Krisenregionen sind, brauchen, um gemeinsame Weltprobleme meistern zu können. Deshalb ist Entwicklungspolitik keine Wohltätigkeitsveranstaltung, sondern vorausschauende Politik im wohlverstandenen Eigeninteresse.

### Zusammenfassung

Schon Adam Smith, der Prophet des Liberalismus, hatte erkannt, dass auch der Markt in einen Ordnungsrahmen eingebettet werden muss, damit er seine positiven Energien entfalten kann. Was auf nationaler Ebene gilt – und auch von Neoliberalen nicht bestritten wird –, muss heute als Ordnungsprinzip auf die Ebene der globalen Wirtschaft und Politik übertragen werden. Die Maxime angesichts der Herausforderungen der Globalisierung und der mit ihr verbundenen Risiken muss also lauten: Nicht jammern, sondern politisch gestalten, was nicht aufzuhalten ist! Die Politik ist nicht so ohnmächtig, wie sie gelegentlich zur Entlastung eigenen Versagens vorgibt. Es liegt nicht am Können, sondern am Wollen. Auch die EZA könnte mehr erreichen, wenn sie nicht als lästiges Stiefkind behandelt würde.

**Präsident Purr:** Herr Universitätsprofessor, danke für Ihre Präzision. Entschuldigen Sie bitte, die Signale wurden nicht von mir ausgeschildet, sie sind zufällig von außen gekommen und Sie sind absolut in der Zeit gelegen, herzlichen Dank, wunderbar, pünktlicher geht es gar nicht. Ich bin diese Pünktlichkeit gar nicht gewohnt. (Musikdarbietung.)

**Präsident:** Ich danke dem Herrn Djon Eric aus Kamerun und wir kommen nunmehr zur Diskussion. Für diese Diskussion sind 45 Minuten vorgesehen. Es liegen mir die ersten Wortmeldungen vor, derzeit drei, um weitere wird gebeten, beim Herrn Landtagsdirektor bitte das Formular abzugeben. Damit komme ich zur ersten Wortmeldung Herrn Dipl.-Ing. Hermann Schaller, Landesrat a. D., EZ-Beirat. Er meldet sich zum Thema „Menschenrechte“. Bitte, Herr Diplomingenieur!

**Dipl.-Ing. Hermann Schaller:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte am Beginn als einer, der seit vielen Jahren in der steirischen Entwicklungspolitikszene tätig ist, ein ganz herzliches Dankeschön dem Landtag sagen, dass er sich dieses Themas angenommen hat. Wir wissen, dass es sehr schwierig ist, heute in der Öffentlichkeit diese Fragen rüberzubringen. Wir wissen auf der anderen Seite aber auch genau, dass gerade die Politik in dieser Frage gefordert ist und der Herr Professor Nuscheler hat uns das in einer sehr eindrucksvollen Weise dargestellt. Ich möchte zu einem Thema Stellung nehmen, weil der Herr Professor Nuscheler gesprochen hat vom „Gefühl der Ohnmacht“, das einen manchmal erfasst. Und ich gestehe, ich habe oft dieses „Gefühl der Ohnmacht“ und habe es vor allem in der jüngsten Zeit gehabt. Ich war zwei Wochen nach Ostern unterwegs in Lateinamerika, und zwar in Guatemala, in Salvador und Mexiko. Nur vorausschickend für die, die es vielleicht nicht wissen, der Anstoß für diese heutige Enquete ist eigentlich gekommen aus einem Gespräch mit Bischof Ramazzini im vergangenen Jahr, der die Klubobmänner der politischen Parteien hier im Landtag informiert hat über die Situation in seinem Land, vor allem auf die Menschenrechtssituation. Und aus dem haben eigentlich die Klubobleute die Initiative ergriffen und ich muss sagen, in der Zwischenzeit hat sich leider sehr viel Negatives getan.

Dieser Bischof Ramazzini, der sich in einer großartigen Weise vor allem der Landproblematik angenommen hat und immer wieder festgestellt hat, dass die Wurzeln der Armut in der ungerechten Verteilung der Güter und vor allem in der ungerechten Verteilung des Landes liegen, der hat für seinen Einsatz in der Zwischenzeit massivste Todesdrohungen erhalten. Aber nicht nur er, auch das Team, mit dem er zusammenarbeitet. Seine Mitarbeiter sind ebenso mit dem Tod bedroht worden. Ich habe sie getroffen. Ihr Büro ist verwüstet worden. Die Menschen leben in einer Situation der Angst und der Unsicherheit. Ich frage mich und möchte ein bisschen einen Punkt, den Sie gesagt haben, Herr Professor, relativieren. Er betrifft die Frage der Einzelprojekte ohne Zusammenhang. Das, was ich in den vielen Jahren erlebt habe, ist dies, dass es gerade diese Einzelprojekte sind. Diese vielen Einzelprojekte aus allen Ländern der Welt. Die so etwas wie ein Netzwerk aufbauen, das, auch wenn es nicht immer mit regio-

naler Politik koordiniert ist, unglaublich viel für die Menschen tut. Und meine Ohnmacht, die ich verspüre, ist, dass in einem Land wie Guatemala, das eine Friedensvereinbarung unterschrieben hat, inzwischen all diese Dinge längst vergessen sind. Die alten grauenhaften Diktatoren wie der Rios Montt, der etwa 100.000 Menschenleben auf dem Gewissen hat mit seiner Verantwortung, heute Parlamentspräsident ist und alle seine Schlüsselstellen mit alten Mitarbeitern und Freunden umgeben hat und die Auswirkungen, die sind, dass jetzt nicht nur Menschen bedroht, sondern auch umgebracht werden. Es ist vor drei Wochen ein Mitarbeiter der Stiftung Rigio Berta men Schuh auf offener Straße erschossen worden. Es sind Pfarrer bedroht, die sich einsetzen für die Aufarbeitung der Verbrechen. Und ich frage, das ist eigentlich meine Frage an Sie: Was können wir als kleines Land, als Land Steiermark wahrscheinlich überhaupt nicht, aber als kleines Land Österreich, aber als große europäische Union, also eigentlich ein schlafender Riese, wirklich tun, um solche Entwicklungen hintanzuhalten? Und zu sagen, es gibt also keine internationale Gemeinschaft. In einer solchen haben die Regierungen keinen Platz, die die Menschrechte größtenteils missachten. Vielleicht können Sie eine Antwort geben. Ich persönlich muss sagen, ich leide unter dem Gefühl der Ohnmacht, dass wir außer durchaus ganz wichtigen öffentlichen Informationen, E-Mail-Aktionen, Inse- rate – ein solches ist jetzt in Guatemala erschienen, wo auch steirische Initiativen unterschrieben haben gegen diese Entwicklung, können wir sehr wenig tun. (Beifall.)

**Präsident:** Danke, Herr Diplomingenieur. Wir kommen damit zur nächsten Wortmeldung. Herr Dr. Georg Lennkh, Sektionsleiter, Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Sektion Entwicklungszusammenarbeit. Er meldet sich zum Thema Österreichische EZA. Schwerpunkte: Verbindungen zum steirischen EZA, bitte Herr Universitätsprofessor. Ich darf bitten, nach Möglichkeit drei bis fünf Minuten einzuhalten. Danke!

**Univ.-Prof. Dr. Georg Lennkh:** Ich werde mich bemühen, Herr Präsident, Frau Landeshauptmann!

Auch ich möchte mich Hofrat Schaller anschließen und als Steirer sagen, wie sehr ich mich freue, dass eine solche Enquete hier in der Steiermark stattfindet. Zu dem Thema, was uns, mir persönlich besonders am Herzen liegt, das geschieht nicht in jedem Bundesland. Ich bin stolz darauf, dass das hier geschieht. Ich werde dann ganz kurz auf Professor Nuscheler eingehen und ein, zwei Anmerkungen machen, die vielleicht etwas abweichen. Was ich sagen wollte, war, vielleicht auch diesen Bogen jetzt herstellen von dem, was wir machen in der gesamtösterreichischen Zusammenarbeit und was hier in der Steiermark geschieht. Sie kennen unsere Entwicklungszusammenarbeit. Unsere Hauptpunkte sind bekannt. Armutsbekämpfung – und da hinein gehört der Bereich Wirtschaft und Soziales. Die Herstellung oder die Garantie der Sicherheit und Stabilität in unseren Partnerländern – da hinein gehört der ganze politische Bereich. Gute Regierungsführung und schließlich Nachhaltigkeit mit den Umweltaspekten. Sie kennen auch unser Programm der Schwerpunktsetzung. Acht Schwerpunkte in den insgesamt etwa 20 Partnerländern – wir glauben, dass das eine gute Politik war und ist und die ermöglicht es auch jetzt leichter auf das einzugehen, was wir international auch sehen. Das, was Professor Nuscheler auch erwähnt hat. Immer stärker staatliche Programme aufzunehmen und an diesen mitzuarbeiten. Die Weltbank hat da schon recht, es kann nur einen Ansatz geben gegenüber unseren Partnern. Es hat keinen Sinn, wenn hier 20 oder 50 verschiedene Geber auftreten mit ihren eigenen Vorstellungen. Was dazukommt und hier kommt vielleicht meine erste Skepsis. Die Weltbank hat vor etwa fünf Jahren vorgestellt dieses comprehensive development framework, ein umfassender Ansatz für die Entwicklung. Das zieht sich jetzt auch durch, das ist auch im neuen Weltbankbericht letztendes zu sehen. Wie Sie gesagt haben, ein komplexer Ansatz. Ein Ansatz, bei dem wir Schwierigkeiten hätten, ihn so umzusetzen. Wir verlangen das von unseren Partnerländern. Das muss man sich einmal vorsagen und ich glaube, Herr Professor, es stimmt nicht, dass wir das Rezept eigentlich schon haben, indem wir nur das umsetzen was wir versprochen haben. Wir müssen auch anerkennen, dass wir 40 Jahre lang noch keine wirklich durchschlagenden Erfolge gehabt haben und dass wir noch nach dem Erfolgsrezept an vielen Stellen suchen. Die Antwort kann nicht sein, nichts zu tun – ganz im Gegenteil. Man muss sich anstrengen und man muss lernen aus den Misserfolgen und wir, glaube ich, lernen am allermeisten aus unseren eigenen Misserfolgen. Und hier komme ich jetzt zur anderen Seite, auch da, wir begrüßen und sind überzeugt davon, dass das eine fundamentale Säule unserer Zusammenarbeit ist. Die Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen, die ihren eigenen Platz haben. Ich glaube, dass es schon wichtig ist, dass sich die Nicht-Regierungsorganisationen, die Zivilgesellschaft einstellt auf diesen Gedanken, es muss eine sozusagen Entwicklung vom Partnerland selber herausgetragen werden. Aber dennoch sind diese Einzelprojekte wichtig, weil es ja zu Partnerschaften kommt. Es wurde erwähnt, und Sie, Herr Hofrat, werden das dann erwähnen – ich habe es schon gesehen. Die Partnerschaft etwa Leibnitz – Pedra Badejo und so viele andere, die wir kennen – die Gemeinde Buch mit Ruanda. Wir fördern das, wir glauben, dass wir noch mehr davon tun müssten, weil diese Partnerschaften können nicht von Beamten getragen werden. Das muss auf der Basis erfolgen. So können wir erfahren, was ist denn wirklich los auf der unteren Ebene. Daher begrüßen wir diese Möglichkeit dieses Dialogs und glauben, dass wir dennoch intensivieren müssen. Ich möchte schon noch erwähnen, dass es in der Zukunft und wir werden die 0,33 Prozent haben – ich hoffe auch, dass wir mehr haben bis 2006. Das ist zu mindestens heute erhärtet. Das heißt, wir werden sehr viel mehr tun müssen, um dieses Zusätzliche, um diese zusätzlichen Mittel vernünftig einzusetzen. Hier gibt es andere Ebenen, etwa die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, auch das wird erwähnt. Es gibt eine kleine Firma in Gleisdorf, die hat für uns die größte Solaranlage in Ostafrika gebaut, und zwar auf einer Basisebene. Wirtschaftsbasis und Entwicklung und hier kommen wir auch hinein zu den neuen Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit. Globale Gemeingüter – global public goods – oder öffentliche Güter, nachhaltige Energie etwa. Ich bin schon Ihrer Meinung, die Weltbank

könnte etwas mutiger sein und auch den Amerikanern sagen, was sie ändern können. Aber es wird sich etwas verändern, wenn alle Entwicklungsländerpartner die nachhaltige Energie für sich annehmen. Das verändert auch die Wirtschaftsgewichte, glaube ich. Das ist ein breites Programm. Noch einmal, ich glaube, dass wir noch viel zu tun haben und ich freue mich darauf. (Beifall.)

**Präsident:** Danke, Herr Dr. Lennkh. Wir kommen daher zur Wortmeldung von Herrn Mag. Dietmar Schreiner, Welthaus Diözese Graz-Seckau. Stärken der Zivilgesellschaft ist das Thema. Bitte um Ihre Ausführung.

**Mag. Dietmar Schreiner:** Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Ich möchte allem voran auch noch einmal ein Dankeschön sagen namens der Arbeitsgemeinschaft „Entwicklungszusammenarbeit“, in der alle Organisationen, die im weitesten Sinn mit Entwicklungszusammenarbeit und Dritter Welt in der Steiermark zu tun haben, zusammengefasst sind. Es ist für uns eine ganz wichtige Sache, dass auch von den politischen Repräsentanten dieses Landes unser Anliegen in so prominenter Weise wahrgenommen wird. Danke schön dafür!

In Ihrem Referat, Herr Professor Nuscheler, haben Sie eine Sache gesagt, die mir ganz, ganz wichtig erscheint, die Veränderung entwicklungshemmender Strukturen. Genau da, denke ich, ist aber auch immer der Ansatz der Nichtregierungsorganisationen. Ich glaube auch, wenn Sie die „Projektitis“ verurteilen, es wird keine seriöse Organisation in Österreich geben, die nicht gleichzeitig Projekte in Absprache mit anderen strukturiert macht, die nicht gleichzeitig Bildungs- und Informationsarbeit leistet und die nicht auch anwaltschaftliche Arbeit leistet, indem sie die wesentlichen Themen auch gegenüber politischen Repräsentanten im nationalen und internationalen Bereich versucht umzusetzen. Aber letztlich ist unser Ansatz – der Nichtregierungsorganisationen – doch immer der, mit Partnerorganisationen in den betroffenen Ländern zusammenzuarbeiten. Und ich denke, dass das Empowerment der Menschen uns eigentlich seit Jahrzehnten eines der wichtigsten, wenn nicht überhaupt das wichtigste Anliegen ist. Gerade da ist aber eine entscheidende Frage immer wieder, wie können wir unsere Partner auch in die Diskussionen auf nationaler und internationaler Ebene dort einbringen?

Ich möchte ein Beispiel herausgreifen, Sie haben ein Schlagwort verwendet, das heute sehr populär ist – auch Botschafter Lennkh hat es verwendet –, die Armutsbekämpfung. Da macht es bei mir klick und da höre ich gleich einmal so einen schönen Begriff „poverty reduction strategy paper“. Etwas, was viele der Länder, 70 sind es ungefähr, aber der ärmsten Länder, haben, um auch an Kredit heranzukommen und die Idee dieser PRSP, wie es im üblichen Abkürzungsjargon heißt, ist, dass es einen Dialog mit der Zivilgesellschaft gibt. Nur, in unseren Gesprächen mit den Partnern erfahren wir immer wieder, dass viele dieser Strukturen in diesen Ländern, dieser zivilgesellschaftlichen Strukturen, gar nicht in der Lage sind, sich an solchen Prozessen zu beteiligen, weil einerseits natürlich die Regierungen zum Teil gar nicht interessiert sind daran, aber andererseits auch, weil einfach das Know-how fehlt, weil es wirklich am Capacity building fehlt. Ich denke, das ist etwas und das ist also meine Aufforderung sowohl an die österreichische Bundesregierung und das Außenministerium, aber auch an Sie hier im Land, was ich glaube, was speziell wir nicht Regierungsorganisationen leisten können, indem wir unsere Partner, die der dortigen Zivilgesellschaft angehören, unterstützen, sicher wieder mit Projekten, aber ich glaube, ich habe Sie richtig verstanden, dass Sie nichts gegen Projekte an sich haben, sondern nur gegen die einzelnen, die nicht in Strukturen eingebunden sind, aber dass wir in Projekten genau dieses Capacity building für die Zivilgesellschaft machen.

Wie gesagt, ich fordere sowohl Bundesregierung als auch das Land auf, die NGOs gerade bei dieser Arbeit ganz, ganz eminent zu unterstützen. Nur so kann also auch wirklich international diese Veränderung der entwicklungshemmenden Strukturen gelingen. (Beifall.)

**Präsident:** Ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen, Herr Mag. Schreiner.

Wir kommen zur Wortmeldung von Herrn Dr. Klaus Behmel zum Referat von Herrn Professor Nuscheler. Bitte, Herr Dr. Behmel.

**Dr. Klaus Behmel:** Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann!

Ich spreche vor dem Hintergrund der Plattform der entwicklungspolitischen Gruppen in der Steiermark, also der kleineren Gruppen, die ein sehr breites Spektrum abdecken von Gruppen in Pfarren bis zu Gruppen, die auf einem wesentlich politischeren Konzept arbeiten. Und ich spreche mit der Erinnerung an eine kürzlich abgeschlossene Reise nach Brasilien zu Projektpartnern.

Ich möchte zu Ihren Ausführungen einen Gesichtspunkt dazufügen, den unsere Partner in Brasilien sehr deutlich herausarbeiten. Auch sie machen sich Gedanken über nachhaltige Veränderung der Strukturen. Sie verwenden das Modell, das eine nachhaltige, also stabile Veränderung ist und auf mindestens drei Beinen steht.

Ein Bein ist die schon heute oft diskutierte ökonomische und ökologische Seite, dass die in Ordnung ist.

Die zweite Seite ist auch angesprochen worden, dass die Veränderungen von einer politischen Organisation der Betroffenen getragen werden.

Und die dritte Seite, die ich eben noch dazufügen müsste, ist, dass sie sagen, dass es notwendig ist, dass die Veränderung in der lokalen Volkskultur verankert ist, wobei sie den Begriff der Kultur in einer sehr weiten Weise sehen. Also Volkskultur ist in Brasilien auch die Kultur von 500 Jahren Widerstand oder eben das, was heute dort unter dem Begriff „Sedetania“ den Kampf um die Erlangung von der Verfassung garantierter Rechte betrifft.

In diesem Sinn noch ein Argument für Einzelprojekte auf der Basis der NGOs, weil wir glauben, dieses wirkliche Eingehen auf die kulturellen Eigenheiten ist sicher eine Sache der langfristigen Partnerschaften. Danke schön! (Beifall.)

**Präsident:** Damit kommen wir zur Wortmeldung von Herrn Willibald Heuegger – Schwerpunkte steirischer Entwicklungsperspektiven, glaube ich, kann ich die Abkürzung richtig interpretieren?

Sie sind bereits am Wort.

**Willibald Heuegger:** Willibald Heuegger von Eine-Welt-Kreis, Weiz. Sehr geehrte Damen und Herren!

Unser Verein betreibt in Weiz einen Weltladen mit einer Filiale in Anger und als Gruppe axé in der Informationsarbeit betreuen wir den seit 1988 in Sao Paulo ehemaligen Weizer Kaplan Günther Zgubic, der im Vorjahr auch für seinen Einsatz für die Menschenrechte mit dem Preis des Landes Steiermark ausgezeichnet wurde. Wir stehen als Gruppe auch am Beginn einer Partnerschaft mit einer Schule in Bolivien.

Aus den vielen entwicklungspolitischen Fragen möchte ich kurz nur einige hervorheben. Wie wir heute schon gehört haben, stehen immer mehr Informationen und Wissen über die Situation auf unserer einen Welt im krassen Gegensatz zum Handeln für mehr Gerechtigkeit. Das Verständnis anderen Kulturen gegenüber verringert sich trotz oder gerade wegen körperlicher Annäherung. Während wir bis zum letzten Winkel der Welt reisen, weil wir Geld haben, dürfen andere nicht zu uns kommen. Und wirtschaftliche Interessen gehen vermehrt vor Menschenrechte.

Das möchte ich an einem Beispiel, wie es uns in Weiz geht, bringen. In Weiz werden bekanntlich Anlagenteile für Wasserkraftwerke erzeugt und in alle Welt exportiert. Und so wie es in Zeiten von Hainburg war, wo es uns nicht möglich war, für die Erhaltung einer Umwelt oder reinen Natur einzutreten, so ist es uns heute draußen nicht möglich, gegen Wasserkraftwerke im Kurdengebiet, in der Türkei, in China oder im Amazonasgebiet aufzutreten, ohne dass wir in ein bestimmtes Eck gedrängt oder abgestempelt werden.

Es wäre daher für mich oder für uns als Gruppe sehr wichtig, wenn kleine Dinge, die machbar sind, umgesetzt werden könnten. Ich möchte hier einige Beispiele anführen:

Das eine wäre zum Beispiel die Möglichkeit des leichteren Zuganges zum Ableisten von Zivildiensten in Entwicklungshilfeprojekten.

Das Zweite wäre, dass Menschen aus Entwicklungsländern bei uns uneingeschränkt oder nicht eingeschränkt durch Quoten ihre Ausbildungen machen könnten.

Und das Dritte wäre, öffentliche Förderungen sollten verstärkt auf entwicklungspolitische Auswirkungen überprüft werden, zum Beispiel bevor die Republik Haftungen übernimmt.

Ich glaube, wir haben in der Steiermark eine Vielzahl wichtiger Informationsträger und Gruppen in der Entwicklungspolitik. Wenn ich nur einige davon nennen darf: Das Welthaus, Klimabündnis, Weltläden und dergleichen, die bisher gute Arbeit geleistet haben und die auch gerne bereit wären, weitere neue Aufgaben zu übernehmen. Danke! (Beifall.)

**Präsident:** Ich danke auch für Ihren Beitrag.

Wir kommen nun zur Wortmeldung von Frau Mag. Amara Dissanayake – hoffentlich einigermaßen richtig ausgesprochen –, Bildungsreferentin des Welthaus Graz.

Bitte, wenn Sie vom Rednerpult aus referieren.

**Mag. Amara Dissanajake:** Danke schön, Sie haben richtig meinen Namen gesagt. Ich kann auch Ihren Namen nicht richtig sagen. Ich danke, ich bin das erste Mal in diesem Gebäude und es ist sehr schön hier zu sein und es ist auch schön, wichtige Menschen von Graz und der Steiermark zu sehen und ich denke, das ist eine gute Gelegenheit. Ich arbeite im Welthaus als Bildungsreferentin, ich komme aus Sri Lanka und ich habe noch keinen Österreichischen Pass. Ich finde es schön als Ausländerin hier zu sein und auch die Toleranz von Österreichern. Ich spreche deutsch, aber es wird immer gesagt, ich solle langsamer sprechen. Ich glaube, ich brauche fünf Minuten und nicht drei Minuten. Ich finde auch, was Herr Professor Nuscheler gesprochen hat über die Entwicklung der Zusammenarbeit und Globalisierung. Was ist „Globalisierung?“ Für mich ist Globalisierung ein neuer Name für Kolonisierung. Vor 500 Jahren war es Kolonisierung oder Kolon und wir konnten nicht mehr nehmen und ich denke mir, das ist ein neues Wort die Globalisierung und am Ende ist es genau gleich, aber nur der Name hat sich geändert, aber vielleicht auf einer anderen Art und Weise. Was ist Frieden? Ich finde, das ist bezogen auf die Armen, aber wie wir hören Erste Welt, Zweite Welt, Dritte Welt und was können wir machen? Ich finde, das ist alle Welt, unsere Welt, was können wir vielleicht denken? Ich bin eine Buddhistin, aber ich glaube die meisten sind Christen, sie reden von Nächstenliebe, alle sind Schwestern und Brüder. Ein wichtiger Punkt ist die Bildung und die Aus-

bildung, auch in der so genannten Dritten Welt, auch in unserer Welt. Wenn Leute gebildet sind, dann, glaube ich, können wir alles bekämpfen; Armut, Wasser und alles, ich glaube das fehlt uns. Ich denke, ich frage mich, glauben Sie auch an Globalisierung, Polarisierung oder haben Sie eine andere Meinung? Danke! (Beifall.)

**Präsident:** Ich danke Ihnen und jetzt noch eine Wortmeldung von Herrn Obmann Kandem, SOS Students on Struggle Entwicklungszusammenarbeit. Bitte um Ihre Ausführungen! Bitte, wenn Sie zum Rednerpult kommen, Herr Kandem!

Und dann würde ich nach dieser Wortmeldung Herrn Universitätsprofessor Dr. Nuscheler noch um das Schlusswort dieser Diskussionsrunde bitten.

**Emanuel Kandem:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Mein Name ist Kandem von SOS Students on Struggle in Graz. Ich bedanke mich noch für die Einladung. Ich will nur eine gute Reaktion auf den Einsatz von Dr. Nuscheler geben. Ich habe voll zugehört und die Frage, die ich mir immer gestellt habe, ist noch gekommen. Ich habe mich dann immer gefragt, wie kann man eine nachhaltige Zusammenarbeit führen? Ich habe immer versucht zu denken „die Antwort ist die Politik“, aber nicht die „materielle und finanzielle Hilfe“, das habe ich immer gedacht, weil so, wie ich die Länder des Südens kenne, die Strukturen kenne, wird – glaube ich – oder man muss so lange warten, bis die materielle und finanzielle Hilfe etwas bringt. Ich habe immer den Eindruck und die Politik ist mir wichtig, weil die Länder unseres Südens sind so gemacht, dass seit 40 oder 50 Jahren sehr viel Kapital nach unten fließt. Mein Eindruck ist auch, dass die Zeit immer schwieriger wird, obwohl viele NGOs und viele Organisationen im Norden in Europa machen unheimlich viel Arbeit. Das ist nur eine Bemerkung, die ich mache. Wir müssen ein bisschen denken, wir müssen versuchen zu wissen, wie die Regierungen, wie die Politiker damit umgehen, weil das ist eine wichtige Frage, die wir uns hier in Europa stellen müssen. Viel Geld fließt nach unten, aber was bringt das? Das ist immer die Frage, die ich mir gestellt habe. Ich war sehr lange Zeit Journalist zu Hause und habe an vielen Projekten gearbeitet und ich habe gesehen, wie es funktioniert hat und so weiter und welche Mühe die Studenten haben, hier in Europa zu arbeiten. Man kann über Statistiken reden, aber es ist eine Sache: Die Politiker in Europa sollen mehr Druck machen und die Lösung von mir ist: „Menschenrecht und Demokratie“. Die Demokratie bringt – glaube ich – Vermittlung, ohne dass man immer Geld bringt und so weiter. Dies waren Bemerkungen und wenn Dr. Nuscheler später bitte auch antworten kann. Danke! (Beifall.)

**Präsident:** Danke, Herr Kandem, für Ihren Beitrag und damit kommen wir zum Schluss dieser Diskussion mit Herrn Universitätsprofessor Dr. Nuscheler.

**Univ.-Prof. Dr. Franz Nuscheler:** Ich bedanke mich für die verschiedenen Fragen. Ich versuche, in der knappen Zeit zumindest einige zu beantworten.

Herr Schaller hat die für Hilfsorganisationen wichtige Frage aufgeworfen, wie sich Einzelinitiativen der EZA mit meiner Forderung vereinbaren lassen, dass sie einen Beitrag zu Strukturveränderungen leisten müssen. Denn wir wissen schon lange, dass ohne Strukturveränderungen vor Ort alle EZA bestenfalls nur punktuelle Erfolge erzielen können. Ich kritisiere die „Projektitis“ von isolierten Einzelprojekten, die nur punktuell helfen, aber die Menschen nicht als Subjekte der Entwicklung aktivieren wollen. Subjekte haben Rechte. Strukturveränderung bedeutet deshalb für mich in erster Linie Partizipation und Empowerment von marginalisierten Gruppen, um ihnen Zugänge zu lebenswichtigen Ressourcen (Land und Wasser), zu Bildung und Gesundheitseinrichtungen zu verschaffen. Was anderes kann denn „Hilfe zur Selbsthilfe“ bedeuten?

Auch „Frauenprojekte“ müssen auf Empowerment abzielen. Würde man die hoffnungsvollen Erfahrungen des südindischen Bundesstaates Kerala auf ganz Indien übertragen, ginge es den Frauen auch dort viel besser. Das in Kerala praktizierte Recht auf Bildung und Gesundheit, das sich auch in einer deutlich niedrigeren Geburtenrate manifestiert, bringt den Frauen weit mehr als alle ausländischen Hilfsprojekte.

Ich denke, dass sich der Widerspruch, den Herr Schaller angemeldet hat, in der gemeinsamen Überzeugung auflöst, dass auch Einzelprojekte von NGOs in ein Gesamtkonzept eingebunden werden müssen, das darauf abzielt, den Kampf um Menschenrechte zu unterstützen. Wenn sich NGO-Aktivitäten in ziellosen Einzelinitiativen verzetteln oder sich gar gegenseitig Projekte abjagen, um irgendwo im „Busch“ Spendengelder anzulegen, verlieren sie den Heiligenschein als Hoffnungsträger der EZA und als Sauerteig von Veränderungen. Es erfüllt mich mit Hoffnung, dass die NGOs selbst die größten Kritiker solcher Hilfspraktiken sind. Auch kirchliche Hilfswerke – wie beispielhaft das katholische Hilfswerk Misereor – haben längst das Empowerment von Armutgruppen in den Mittelpunkt ihrer Spendenkampagnen gestellt. Dann kann auch eine Hilfsaktion in einem entlegenen Bergdorf Strukturen verändern und meiner Kritik an einer ziellosen „Projektitis“ entgegen. Entwicklung heißt nicht nur die Befriedigung materieller Grundbedürfnisse, sondern auch und vor allem das Recht, Rechte zu haben.

Zu einer weiteren Frage: Was könnte die Europäische Entwicklungspolitik für die Förderung von good governance tun? Ich bin ein überzeugter Befürworter einer stärkeren Europäisierung der EZA – und liege deshalb immer wieder mit meinem Entwicklungsministerium im Clinch, das auf die bilaterale Karte setzt. Ich bin ein Multilateralist, weil ich davon überzeugt bin, dass eine koordinierte und kohärente Europäische Entwicklungspolitik, die wir erst in Ansätzen haben, gerade im Krisenkontinent Afrika weit mehr erreichen könnte als die Summe von derzeit 15 bilateralen Entwicklungspolitiken, die überall eigene Süppchen zu kochen versuchen. Der Cotonou-

Vertrag gibt der EU die Chance, wirkungsvoller auf die Respektierung der Menschenrechte zu drängen als dieses oder jenes Außenministerium. In den Nord-Süd-Beziehungen gehört die Entwicklungspolitik in das Marschgepäck der GASP.

Zu den Anmerkungen von Botschafter Lennkh (mit dem ich im Entwicklungspolitischen Beirat des Außenministeriums zu tun habe):

Er sagte, wir hätten in der EZA viele Fehler gemacht. Einverstanden! Wir haben aus geostrategischen und kommerziellen Interessen zu lange korrupte Regime mit der EZA gefüttert. Er sagte aber auch, wir hätten keine Rezepte für eine Erfolg versprechende EZA. Hier widerspreche ich ihm. Die Weltkonferenzen der neunziger Jahre erarbeiteten – unter kräftiger Mitwirkung der zunehmend transnational organisierten Zivilgesellschaft – für alle Weltprobleme überzeugende Aktionsprogramme. Es fehlt nicht an Wissen, sondern am politischen Willen. Selbst die Weltbank hat aus vielen Fehlern gelernt, wie nicht nur die PRSP-Programme zur Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer zeigen. In ihrem neuesten Weltentwicklungsbericht betont sie sogar die Notwendigkeit der Gegenmachtbildung von marginalen Gruppen, damit sie sich gegenüber Macht- und Besitzgruppen Gehör verschaffen können. Sie fügt – rechtzeitig vor dem Johannesburg-Gipfel zu nachhaltiger Entwicklung – den drei klassischen Dimensionen von Nachhaltigkeit (ökonomische Effizienz – soziale Gerechtigkeit – Umweltschutz) eine vierte Dimension hinzu: nämlich den Imperativ der Partizipation und Demokratie. Wir wüssten also schon, was getan werden müsste, um weltweit eine nachhaltige Entwicklung zu befördern. Wenn wir es nicht wüssten, müssten wir die EZA einstellen.

Eine ZuhörerIn aus Sri Lanka stellte die provozierende Frage, ob die Globalisierung nicht ein anderes Wort für Kolonisierung sei. Solche Urteile sind häufig aus dem Süden zu hören, der sich mit einem Kartell der Reichen und Mächtigen, die das Sagen in der Weltpolitik und Weltwirtschaft haben, konfrontiert sieht. Die „Multis“, die die Motoren der Globalisierung sind, stammen größtenteils aus dem Norden. Dennoch bleibe ich bei meiner Aussage, dass die Globalisierung auch den Entwicklungsländern nicht nur Risiken, sondern auch Chancen verschafft. Sie müssen allerdings genutzt werden, wie es ein Dutzend von Schwellenländern getan hat. Die Tragödie Afrikas liegt nicht in der Globalisierung begründet, sondern in seiner Unfähigkeit, ihre Chancen zu nutzen, wie zum Beispiel die Öffnung des EU-Marktes im Rahmen der Lomé-Verträge und nun des Cotonou-Vertrages.

Ich sehe ein großes Problem der Weltpolitik in der ungleichen Machtverteilung, die sich auch in den wichtigsten internationalen Organisationen manifestiert. Der Süden muss sich besser organisieren, um Gegenmacht aufzubauen und an der Gestaltung der Globalisierung mitwirken zu können, damit sie eben nicht auf eine Rekolonisierung des Südens hinausläuft. Ich habe in der Enquetekommission des Deutschen Bundestages zur „Globalisierung der Weltwirtschaft“ als ersten Schritt zur Umverteilung der Macht eine Neugewichtung der Stimmen in den Bretton-Woods-Institutionen (also IWF und Weltbank) gefordert. Die rot-grüne Mehrheit der Kommission schloss sich dieser Forderung an, die Minderheiten (CDU und FDP) opponierten.

Übrigens zeichnen sich gerade in der Globalisierungsdebatte erstaunliche Entwicklungen ab. Jahrelang haben Finanzpolitiker und Banker Forderungen nach einer Zählung des spekulativen „Casino-Kapitalismus“ durch eine Steuer auf spekulative Devisentransaktionen, die so genannte Tobin-Steuer, als unpraktikablen Unsinn abgelehnt. Da mobilisierte die NGO „Attac“ eine weltweite Kampagne für diese Tobin-Steuer, die sich in Genua auch in gewalttätigen Protestaktionen austobte. Und plötzlich stand die Idee auf der Agenda von internationalen Konferenzen (wie der Monterrey-Konferenz „Financing for Development“) und gaben die EU und Ministerien Aufträge für Gutachten. Ähnlich verhält es sich auch mit dem Vorschlag für ein internationales Insolvenzrecht zur Lösung von akuten Schuldenkrisen. Selbst aus der Führungsetage des IWF kam nun überraschend die Nachricht, dass auch hier über eine angebliche „Schnapsidee“ nachgedacht wird, die Kunibert Raffert von der Wiener Universität schon seit vielen Jahren propagiert hatte.

Ich will damit erstens sagen, dass genügend Druck aus der Zivilgesellschaft möglich machen kann, was Regierende und so genannte Experten lange für unmöglich erklärten. Zweitens liegt in solchen Entwicklungen der Grund für meinen Optimismus, dass die EZA auch unter den Bedingungen der Globalisierung mehr bewirken kann, als ihre Kritiker zu behaupten pflegen. (Beifall.)

**Präsident:** Danke, Herr Universitätsprofessor.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zu einer 15-minütigen Pause. Wir haben für Sie im Rittersaal – rückwärts gleich – fair gehandelten Kaffee, Tee und Getränke vorbereitet.

Ich darf Sie bitten, dann auch gleich im Rittersaal zu verbleiben. Die Power-Point-Präsentation findet dann anschließend im Rittersaal statt.

Zuerst aber 15 Minuten Pause. (Pause von 10.50 Uhr bis 11.10 Uhr.)

(Power-Point-Präsentation)

## 1. Einleitungstext

Die Mitwirkung an der internationalen Entwicklungspolitik ist unbestritten eine staatliche Aufgabe. Unabhängig davon sollte aber Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit Anliegen aller sein.



Die Steiermark hatte immer schon ein reichhaltiges Reservoir an Menschen, Gruppen, Institutionen und Initiativen, die sich der Entwicklungszusammenarbeit (früher: Entwicklungshilfe) konkret verschrieben haben. Konkret meint im Wesentlichen über die Betreuung von Projekten. Sie sind heute zum Großteil in der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit (AGEZ) und der Plattform der entwicklungspolitischen Gruppen vertreten.

Auch in der Landesverwaltung wurden Ansätze dieser Art verstreut betreut. So hat das Land Steiermark bereits im Jahr 1964 für den österreichischen akademischen Austauschdienst eine eigene Voranschlagstelle geschaffen beziehungsweise werden seit 1979 von der Steiermärkischen Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Karl-Franzens-Universität Graz Ausbildungs- und Stipendienaktionen für Germanistikstudenten und Germanistikstudentinnen aus dem Senegal oder anderen Ländern von Afrika durchgeführt. Auch andere Förderungen sind immer wieder bewilligt worden.

Um der Vielzahl steirischer Ideen und Initiativen Synergieeffekte und Verstärkungsimpulse zu geben, wurde vor 20 Jahren, im Jahr **1981**, von der Steiermärkischen Landesregierung eine **neue Struktur** zwischen der politischen Ebene und der Basisarbeit der NGOs geschaffen. Zugleich wurde ein eigener Budgetansatz eingerichtet und mit damals einer Million Schilling dotiert. Zur Beratung der Steiermärkischen Landesregierung in Fragen der Länder des Südens (früher: Dritte Welt) besonders im Hinblick auf Förderung von Projekten mit steirischen Partnergruppen wurde ein eigener Beirat beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung konstituiert. In diesem ist eine große Anzahl der in der Steiermark aktiven entwicklungspolitischen Gruppierungen vertreten.

Der Beirat besteht aus 23 Mitgliedern. Der Budgetansatz ist mittlerweile, vor allem in den neunziger Jahren, auf derzeit 149.100 Euro (2.051.660 Schilling) gestiegen.

Die damals festgelegte Zielrichtung Synergien zu erzielen sowie nachhaltige Entwicklungen in Regionen von Ländern des Südens zu initiieren, zu fördern und zu unterstützen, stehen heute wie damals im Vordergrund. Wesentlich ist, dass diese Entwicklungen aus den Regionen von Ländern des Südens selbst artikuliert und/oder von ihnen getragen werden. Daraus ergeben sich auch die damals gesetzten Schwerpunkte und **Grundsätze: Partnerschaft, Solidarität und Bewusstmachen**. Sie sind aktueller denn je.

Eines der Hauptziele liegt also in der **Projektförderung**. Die dafür zur Verfügung stehenden Mittel kommen von den NGOs und dem Land Steiermark. Der Anteil der NGOs ist höher als jener des Landes. Vor allem der Beitrag der Diözese Graz-Seckau ist beträchtlich.

Im Sinne der **solidarischen Zusammenarbeit in einer Partnerschaft** zwischen Gruppen in der Steiermark und Gruppen in einem Land des Südens sollen vom Beirat begutachtete Projekte durch die Unterstützung der Steiermärkischen Landesregierung gefördert werden. Über die steirischen Partner werden daher in den Ländern des Südens Personen, Gruppen oder Initiativen an der Basis erreicht, zu denen größere Einheiten, wie ein Staat oder die EU beispielsweise, nur schwer Zugang finden könnte. Umgekehrt ist es diesen kleineren Gruppen in einem Land des Südens kaum möglich an Großprojekten der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit zu partizipieren. Dieser steirische Grundsatz der Partnerschaft führt auch zu einem Rückfluss an Informationen und zu einem gegenseitigen Besuchs Austausch. Diese Feedbacks sind für die Erfahrung und Bildungsarbeit in der steirischen Entwicklungspolitik von größter Bedeutung. So wird nach dem **Subsidiaritätsprinzip** regional aus steirischer Sicht die nationale und staatliche Entwicklungszusammenarbeit ergänzt. Bei der Beurteilung von Projekten gibt es Schwerpunktthemen, aber nicht Schwerpunktländer, die Vorzug haben. Diese Schwerpunktthemen sind vorrangig der Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung gewidmet. Darunter fallen beispielsweise Projekte, die der Bekämpfung der ländlichen und städtischen Arbeitslosigkeit dienen, die eine landwirtschaftliche Nutzung fördern, die der Umweltzerstörung entgegenwirken, die ökologisch und sozial angepasste Technologien anwenden und auf die kulturelle Identität und vorhandene Tradition Rücksicht nehmen. Aber auch Projekte, die die Situation der Frauen verbessern, der Gesundheit der Bevölkerung dienen oder die Alphabetisierung und Bildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zum Inhalt haben. Das ist natürlich keine taxaktive Aufzählung. Vorrangig bleibt aber die Armutsbekämpfung. Denn Armut und Verteilungskonflikte sind neben anderen Ursachen immer starke Impulse für regionale und überregionale Migrationen.

Die Steiermärkische Landesregierung hat in den rund 20 Jahren, seit 1981, über 300 Projekte in annähernd 40 Ländern des Südens gefördert.

Ein wesentliches Ziel der steirischen Entwicklungspolitik ist auch die **Bewusstmachung der Thematik und ihrer Bedeutung**. Hier wird auf zwei Hauptschienen gesetzt. Die eine betrifft die guten Kontakte zu den Medien, die durchaus kritisch sein können. Die andere und zweite Schiene betrifft die pädagogischen Arbeiten in Schulen bzw. die Präsentationen entwicklungspolitisch relevanter Themen in der Öffentlichkeit.

In der Zusammenarbeit mit den Medien spielen die Journalistenpreise, die die Steiermärkische Landesregierung vergibt, eine wesentliche Rolle. Hier liegt die Zielrichtung darin, Journalisten, die sich dieser Thematik besonders annehmen, hervorzuheben und auszuzeichnen. Damit soll ein Anreiz für die Medien und deren Mitarbeiter geschaffen werden. Die letzte Preisverleihung der Kategorie professioneller Medien, die am 11. März 2002 durch Frau Landeshauptmann durchgeführt wurde, hatte im Vorlauf eine unwahrscheinliche Dimension erreicht. Insgesamt waren 42 Einreichungen zu beurteilen, davon 22 in der Kategorie Printmedien und 20 in der Kategorie elektronische Medien. Andererseits wird die Berichterstattung über Themen der Dritten Welt auch sehr kritisch beurteilt, und zwar auch die Nichtberichterstattung. Hierzu hat die steirische Initiative „Media Watch“, die zuletzt auf die ORF-Berichterstattung eingeschränkt wurde, einen wesentlichen Beitrag gegeben. Es wurden dadurch nämlich sehr konstruktive Gespräche mit der ORF-Führung möglich.

Das Ziel der Entwicklungszusammenarbeit in der Steiermark ist somit auf Basisorientierung und partnerschaftliche Zusammenarbeit ausgerichtet. Die Projektkriterien umfassen ganz spezifische Schwerpunkte. Wesentlich ist auch die Öffentlichkeitsarbeit und eine breit angelegte Bewusstseinsbildung sowie umgekehrt die Unterstützung von Studenten/Studentinnen aus Ländern des Südens, die in der Steiermark ausgebildet werden. Eine besondere Form davon ist die Förderung der Germanistikstudenten und -studentinnen aus Afrika.

Die Vielfalt und breite Streuung der steirischen Entwicklungszusammenarbeit ist immens und kann unmöglich vollständig dargestellt werden. Aus der Fülle und Bandbreite kann daher in der folgenden Präsentation nur ein Ausschnitt beziehungsweise ein grober Überblick geboten werden.

## **2. Text der Power-Point-Präsentation anlässlich der Enquete Steiermärkischen Landtags zum Thema „Entwicklungszusammenarbeit“**

Folie 1: Eine Vielzahl von Initiativen in der Steiermark hat Beziehungen zu Projektpartnern in Ländern der Dritten Welt. Entwicklungszusammenarbeit hat viele Fassetten, immer sind es aber die Menschen, die im Vordergrund dieser Arbeit stehen.

Folie 2: Menschen sind es auch in der Steiermark, die diese Arbeit begonnen haben und Beziehungsfäden in die verschiedenen Teile der Welt geknüpft haben. Von Guatemala bis Indien, von den Kapverden bis Brasilien.

Folie 3: Wir in den Industrieländern können uns wohl ernähren.

Folie 4: In den Entwicklungsländern sind schlechte Ernährung und Hunger eher nicht eine Folge der Lebensmittelknappheit, sondern eine Folge davon, dass sich unzählige Arme die Lebensmittel einfach nicht leisten können.

Folie 5: Wir in der Steiermark haben eine reelle Chance auf Bildung.

Folie 6: In den Entwicklungsländern sind sehr viele Kinder verdammt zur Arbeit, um gemeinsam mit ihren Eltern für das Familieneinkommen zu sorgen. Der Schulbesuch ist für sie dadurch weitgehend unmöglich und somit die Chance auf einen entsprechenden Arbeitsplatz.

Unabhängig davon gibt es für viele Kinder im Süden keine schulische Infrastruktur.

Folie 7: Wir in der Steiermark haben einen gesicherten Zugang zu unseren Gesundheitseinrichtungen.

Folie 8: In den Entwicklungsländern ist für viele Menschen nicht einmal die Basisversorgung garantiert, das heißt nur wer genügend Geld hat bekommt auch die notwendige Versorgung.

Folie 9: Hier in der Steiermark haben Frauen zwar nicht die gleichen Chancen wie die Männer,

Folie 10: aber in den Entwicklungsländern hat diese Tatsache katastrophale Auswirkungen wie – eine neue Form der Versklavung.

Folie 11: Hier in der Steiermark sehen Jugendliche oft wenig Zukunftsperspektive,

Folie 12: nur in den Entwicklungsländern bedeutet dies oftmals ein Überleben durch Drogenhandel, Kriminalität und Gefängnis.

Folie 13: Hier in der Steiermark ist Kultur oft Freizeitvergnügen,

Folie 14: für viele Menschen in den Entwicklungsländern eine Form des Widerstandes gegen ungerechte, todbringende Strukturen, wie zum Beispiel im Theater der Unterdrückten.

Folie 15: Hier in der Steiermark bedeutet Ökologie manchmal weniger Belästigung durch Gestank und Lärm,

Folie 16: während ökologischer Einsatz im Süden oft Engagement für die indigene Bevölkerung, die zum Beispiel durch ein Staudammprojekt in ihrer Existenz gefährdet ist, bedeutet.

Folie 17: Hier in der Steiermark heißt Rechtsbeistand oft, dass eine Person ihre Lebensqualität erhöhen kann,

Folie 18: in den Entwicklungsländern bedeutet Rechtsbeistand oft Hilfe, um einen möglichst fairen Prozess zu bekommen oder um möglichst bald aus der Untersuchungshaft zu kommen.

Folie 19: Hier in der Steiermark bedeutet Fairer Handel unter Umständen, dass mich keiner reinlegt,

Folie 20: in den Entwicklungsländern führt Fairer Handel dazu, dass Menschen in Würde leben können und nicht etwa in die Slums der Großstädte flüchten müssen.

Folie 21: Ausgelaugte Böden, Erosion und ineffiziente Bearbeitungsmethoden führen zu geringen Erträgen in der Landwirtschaft Tansanias

Folie 22: **Welthaus** unterstützt in Tansania Projekte, die der ländlichen Bevölkerung Hilfestellungen bieten, damit die landwirtschaftlichen Erträge gesteigert und Absatzmärkte genutzt werden können.

Folie 23: Die Anbaumethoden der Bevölkerung wurden verbessert und die Zahl der verschiedenen Nahrungsmittel, die angebaut werden, vergrößert. Durch das Erschließen neuer Absatzmärkte wurde ein Zusatzeinkommen für die Familien geschaffen.

Folie 24: Straßenmädchen in der Stadt Vitorio de Santo Antao/Pernambuco/Brasilien verkaufen Kleinwaren und manchmal schlittern einige dadurch in die Prostitution.

Folie 25: Das Projekt „Educando para Vida“ ermöglicht Mädchen den Zugang zu medizinischer und psychologischer Betreuung und zu einer Berufsausbildung.

Folie 26: Die Mädchen erreichen durch das Projekt ein neues Selbstwertgefühl. Der erlernte Beruf sichert einen Teil der Lebenserhaltung.

Ein Projekt mit finanzieller Unterstützung der **Selbstbesteuerungsgruppe Sao Pedro** und **Missio Österreich** sowie dem Club **Inner Wheel/Graz**.

Folie 27: Positive persönliche Begegnungen mit Menschen aus anderen Kulturen und authentische Information tragen zum Abbau von Vorurteilen bei.

Folie 28: Seit zwei Jahrzehnten führen deshalb **Welthaus**, **Südwind Steiermark** und das **Afro-Asiatische Institut Workshops** mit entwicklungspolitischem Hintergrund in Schulen, Kindergärten und Jugendgruppen durch. ReferentInnen sind ausländische Männer und Frauen aus unterschiedlichen Kulturen, die in der Steiermark leben.

Folie 29: In gelungener Zusammenarbeit bilden die drei Organisationen dazu ReferentInnen aus, welche das **„Zertifikat Entwicklungspolitischer Referent“** erwerben können.

Das **Land Steiermark** unterstützt in einem Kofinanzierungsmodell mit **Friedensbüro Graz** und **Welthaus** dieses Projekt.

Folie 30: Man schätzt, dass heute etwa 2 bis 3 Millionen Kinder als Sexsklaven ausgebeutet werden. Meistens werden diese auf Grund ihrer Armut in die Prostitution gezwungen.

Folie 31: **Missio** unterstützt über die Aktion „Schutzengel“ Projekte in Vietnam, Philippinen und Brasilien, wo Kinder, die Opfer des Sextourismus geworden sind, therapeutische Hilfe und medizinische Betreuung bekommen, ihnen Achtung und Zuwendung entgegengebracht werden.

Folie 32: Man kümmert sich auch um den Schulbesuch sowie um eine berufliche Ausbildung der Kinder.

Folie 33: Die **Dreikönigsaktion** der Katholischen Jungschar ist nicht nur eine beachtliche Spendensammelaktion, sondern hat auch unverzichtbaren Wert „globalen Lernens“ für die beteiligten Kinder beziehungsweise die Erwachsenen.

Folie 34: Die jährlichen Besuche von ProjektpartnerInnen aus dem Süden gehören zu den besonders ansprechenden Möglichkeiten für Kinder und Erwachsene, sich intensiv mit Entwicklungszusammenarbeit auseinander zu setzen.

Folie 35: Finanziell unterstützt wird beispielsweise das Projekt Bildung gegen Armut in Indien, ein Bildungsprojekt für Kinder und Jugendliche der UreinwohnerInnen.

Folie 36: Die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung in Laos ist oberstes Ziel.

Folie 37: **Welthaus** unterstützt Landwirtschaftsprojekte, die der Bevölkerung die Möglichkeit geben genügend anzubauen, um von den Erträgen ihres Landes leben zu können.

Folie 38: Verbesserte Anbaumethoden, Kleintierzucht wie auch der Verkauf von Handwerkskunst sind wichtige Aspekte der unterstützten Programme. In den Projektregionen konnte damit die ganzjährige Nahrungsmittelversorgung weit gehend sichergestellt werden.

Folie 39: Die Lebenssituation der Beduinen und deren Herden in der Wüste wird durch die immer extremeren Trockenperioden unmöglich.

Folie 40: Durch Bestellung von kleinen Gärten kann das Überleben in der Wüste ermöglicht werden.

In einer 2 Hektar großen Versuchsanlage wurde ein Wasser speicherndes Substrat aus Österreich angewendet, eine Tröpfchenbewässerung verlegt und ein Windschutzgürtel aus Akazien angepflanzt.

Folie 41: Acht Monate später sind aus den 50 Zentimeter großen Pflänzchen bereits stattliche 3 Meter hohe Bäume geworden.

Ein Projekt mit finanzieller Unterstützung des **Landes Steiermark**, koordiniert von **Isabell Bayer** und **Karl Lueger**.

Folie 42: Das Centrinho ist ein Tagesheim für unterernährte Kinder in Porto Nacional in Brasilien. Finanziell wird es von der **Selbstbesteuerungsgruppe der Stadtpfarre Graz** unterstützt.

Weil die meisten Kinder so schwach sind, haben sie häufig Infektionskrankheiten.

Folie 43: Deswegen ist der Besuch der Kinderärztin notwendig. Um wieder zu Kräften zu kommen, ist eine gesunde Ernährung sehr wichtig. Diese darf aber nicht allzu teuer sein, sonst können sich die Armen diese nicht leisten.

Folie 44: Damit die Mütter und älteren Geschwister lernen, gesund und günstig zu kochen, müssen sie einen Tag in der Woche im Centrinho helfen. So ist eine nachhaltige Entwicklung der Kinder eher wahrscheinlich.

Folie 45: Die Stadtgemeinde Leibnitz unterstützt über den Verein **Städtefreundschaft Pedra Badejo – Leibnitz** ein Bildungsprojekt.

Folie 46: Die Dauer der Grundschule in Kap Verde wurde 1994 von vier auf sechs Jahre verlängert.

Daher wurde eine bessere Ausbildung für die Lehrer und Lehrerinnen notwendig.

Folie 47: Finanziert wurde die Konzeption und Durchführung eines Ausbildungskurses für DirektorInnen der Grundschule und Fortbildungen für alle KoordinatorInnen im Schulbereich auf der Insel Santiago.

Folie 48: Die erlebnisorientierte Freihandmediathek ist eine Kooperation von **Welthaus**, als Träger und Initiator **mit elf weiteren Institutionen** der entwicklungspolitischen und interkulturellen Bildungsarbeit in der Steiermark.

Folie 49: Sie will mit ihren Angeboten den selbstbewussten „Blick über den österreichischen Tellerrand“ anregen und unterstützen.

Das Service reicht von Verleih, Beratung, Online-Katalog, Vermittlung von ReferentInnen aus Afrika, Asien und Lateinamerika bis zur Mediatheksrallye für SchülerInnen und der Veranstaltungsreihe Weltcafé.

Folie 50: Die Steirische Entwicklungspolitische Mediathek hat für diese Enquete einen entwicklungspolitischen Bücher- und Medientisch für Sie zusammengestellt, der zum Schmökern einladen möchte!

Folie 51: Vom Analphabetentum sind in Guatemala am stärksten die indigenen Frauen betroffen. In einzelnen Regionen sind es bis zu 64 Prozent, die weder lesen noch schreiben können. Dadurch fehlt es ihnen nicht nur an Wissen, sondern sie werden oft auch ihrer Rechte beraubt.

Folie 52: **Solidarität mit Lateinamerika** unterstützt mit Eigenmitteln und einer Förderung des **Landes Steiermark** das Alphabetisierungsprojekt des Gewerkschaftsdachverbandes für LandarbeiterInnen.

Folie 53: Durch diese Unterstützung konnten in den Jahren 1998 und 1999 1746 LandarbeiterInnen Lesen und Schreiben erlernen und Grundkenntnisse des Arbeitsrechtes wurden vermittelt.

Folie 54: Ungerechte Landverteilung, lange Trockenperioden, fehlende soziale Einrichtungen sind Teile der Realität vieler Bauern in Nordostbrasilien.

Folie 55: Den landlosen Bauern wurde durch Unterstützung der CPT (Landpastoralkommission) Land teilweise zurückerstattet. Mit Unterstützung aus **Graz-Schutzengel** werden Ziegen und Bienen in Gemeinschaftsprojekten gezüchtet.

Folie 56: Dies stellt eine wertvolle Bereicherung der Ernährung der Landbevölkerung dar.

Folie 57: Die Energieversorgung wird zu einem Schlüsselfaktor für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und Verbesserung der Lebensumstände in den Ländern der Dritten Welt.

Folie 58: Die **Arbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energie/Gleisdorf** setzt ihr Wissen oftmals im Ländern des Südens ein.

Folie 59: Beispielsweise wurden bisher mit lokalen Partnern in Uganda 19 Solaranlagen zur Warmwasseraufbereitung installiert. Weitere 50 Solaranlagen sollen in den kommenden 19 Monaten errichtet werden.

Folie 60: Den steirischen **Weltläden**, den Fachgeschäften für Fairen Handel, ist der Handel mit biologisch angebauten Produkten aus dem Süden ein Anliegen.

Folie 61: Der Anbau in Form von Monokulturen mit großem Chemie- und Pestizideinsatz schädigt die Umwelt, die Menschen und das weltweite Klima. In den Entwicklungsländern und bei uns in der Steiermark.

Folie 62: Aus diesem Grunde gilt es zusammenzuarbeiten; für die Biobauern und -bäuerinnen rund um die Welt und in der Steiermark. Seit einigen Jahren gibt es eine Kooperation der steirischen Weltläden mit dem größten Verband der Biobauern, dem Ernteverband: Bio-Faire Frühstücke und als neues Angebot des Grazer Weltladens der Bio-Faire Frühstückskorb werden KonsumentInnen in der Steiermark als Alternative angeboten.

Folie 63: Einhaltung der internationalen Arbeitsrechte Die Internationale Clean Clothes Kampagne hat für die Bekleidungsindustrie einen Arbeitsverhaltenskodex erarbeitet, der unter anderem Forderungen nach menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, existenzsichernden Löhnen und Abschaffung von Kinderarbeit enthält.

Folie 64: Bildungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

**Südwind Steiermark** unterstützt die Forderungen der Clean Clothes Kampagne und leistet Bildungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema beispielsweise in Workshops oder Plakataktionen.

Folie 65: Kritischer Konsum

Jugendliche engagieren sich für die Rechte von ArbeiterInnen und artikulieren sich im öffentlichen Raum.

Folie 66: Folter ist in vielen Ländern dieser Welt eine noch immer übliche Investigationmethode der Polizei. Besonders betroffen davon ist meist die ärmste Bevölkerungsschicht. Auch in Brasilien steht Folter noch immer an der Tagesordnung

Folie 67: Günter Zgubic setzt sich seit vielen Jahren für Gefangene in Gefängnissen ein, er sagt: „Nachhaltige Entwicklung in einem Land kann nur dann geschehen, wenn wirtschaftliche Entwicklung mit sozialer Entwicklung Hand in Hand geht.“

Folie 68: Das Amt der Steiermärkischen **Landesregierung** unterstützte 2001 das Projekt ACAT (Christliche Aktion zur Abschaffung der Folter), eingereicht von der **Solidaritätsgruppe AXE in Weiz** bei ihrer Aufklärungsarbeit in Brasilien.

Folie 69: Entwicklung braucht Information und Bildung nicht nur in den benachteiligten Regionen der Dritten Welt!

Entwicklung kann nur gelingen, wenn Entwicklung und Umdenken auch in den reichen Ländern geschieht.

Folie 70: Deshalb ist entwicklungspolitische Bildungsarbeit auch in Österreich und hier in der Steiermark notwendig.

Folie 71: Im Rahmen des **Welthaus**-Fortbildungslehrgangs „Methodik und Didaktik der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“ haben vom Feber 2000 bis März 2001 18 TeilnehmerInnen entwicklungspolitische Vermittlungskompetenzen erworben und sind nun in unterschiedlichen Arbeitsfeldern als MultiplikatorInnen tätig. Im September 2002 startet in Kooperation mit dem Pädagogischen Institut der nächste Lehrgang.

Folie 72: **Klimabündnis** organisiert die Erlebnisausstellung Klima verbündet für Kinder und Jugendliche von 8 bis 14 Jahren.

Folie 73: Die Kinder können unter anderem mit einer Tuchlandkarte Einblicke in das Klimageschehen bekommen, in einem Kuppelzelt den Treibhauseffekt am eigenen Körper erfahren und Früchte aus dem Regenwald kosten.

Folie 74: Besonderer Wert wird dabei darauf gelegt, die globalen Zusammenhänge zwischen Österreich und Amazonien aufzuzeigen.

Fern von jeder Katastrophenpädagogik gibt die Ausstellung neue Denkanstöße, zeigt Lösungsmöglichkeiten auf und soll die Kinder zu umweltgerechterem Handeln motivieren.

Folie 75: In sehr armen Vierteln an der Peripherie von Curitiba/Brasilien brauchen 6- bis 14-jährige Kinder eine Nachmittagsbetreuung. Die Eltern können sich wegen ihrer ganztägigen Berufstätigkeit nicht um ihre Kinder kümmern.

Folie 76: Die **Weltgruppe Lieboch** unterstützt den Kinderklub für etwa 45 Kinder und informiert die Bevölkerung in Lieboch über dieses Projekt, welches Hausaufgabenbetreuung, Spiel, sportliche Aktivitäten und eine tägliche Mahlzeit umfasst.

Folie 77: Mit Hilfe des **Landes Steiermark** und der **Dreikönigsaktion** kann das Gebäude des Kinderklubs saniert werden.

Die Kinder der Volksschule Lieboch kommen in Berührung mit der Realität der Gleichaltrigen in Brasilien.

Folie 78: Das Dorf Lingshed in der Himalayaregion Nordindiens liegt vier Tagesmärsche von der nächsten Straße in 4000 Meter Seehöhe. Es gab in diesem Ort, der mit zirka 1000 EinwohnerInnen das Zentrum der Region ist, keine Schule.

Folie 79: Der Verein **Friends of Lingshed** finanzierte mit Unterstützung des **Landes Steiermark** die Errichtung einer solarbeheizten Dorfschule mit Nebenräumen, LehrerInnenwohnungen, Pausenplatz und Gewächshaus. Außerdem finanziert der Verein auch Schulmaterialien und die Gehälter der LehrerInnen.

Folie 80: 90 Kinder und 30 Erwachsene besuchen zurzeit diese Schule. In der landwirtschaftlich ruhigen Zeit kann so wertvolles Wissen vermittelt werden.

Folie 81: Entwicklungszusammenarbeit in der Steiermark basiert im Wesentlichen auf der Arbeit von drei Strukturen:

Eine davon ist der **Entwicklungspolitische Beirat der Steiermärkischen Landesregierung**.

Er wurde 1981 geschaffen und hat die Aufgabe, die Landesregierung in Fragen der Dritten Welt zu beraten. Viele der entwicklungspolitischen Gruppen in der Steiermark sind in ihm vertreten. Der Beirat fördert Projekte, die eine Partnerschaft einer steirischen Gruppe mit einer Gruppe in der Dritten Welt zum Ausgangspunkt haben.

Folie 82: Die **Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit** (kurz **AGEZ** genannt) ist eine Plattform von entwicklungspolitischen Organisationen, die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in der Steiermark leisten.

Die AGEZ will das Bewusstsein stärken, dass die Fragen der Nord-Süd-Beziehungen von grundlegender Bedeutung für unsere gemeinsame Zukunft sind. Und sie will eine Entwicklungszusammenarbeit fördern, die zu Gerechtigkeit zwischen Süden und Norden beiträgt.

Die Mitgliedsorganisationen der AGEZ brachten im Jahr 2001 in der Steiermark 54,5 Millionen Schilling für Entwicklungszusammenarbeit auf.

Folie 83: Die dritte Stütze der Entwicklungszusammenarbeit ist die „**Steirische Plattform Entwicklungspolitischer Gruppen**“. Diese wurde 1991 gegründet. Sie besteht aus mehr als 50 Selbststeuerungs- und Solidaritätsgruppen sowie entwicklungspolitischen Organisationen, welche über die ganze Steiermark verstreut sind.

Die meisten Gruppen arbeiten kontinuierlich über viele Jahre mit Partnergruppen im Süden zusammen. Sie bemühen sich, Selbststeuerung, fairen Handel, ehrenamtliche Arbeit, Menschenrechtsaktivitäten und Informationsarbeit weiter auszubauen.

Folien 84 bis 98: Ohne Text.

Folie 99: Die Erfahrungen in der Entwicklungspolitik sprechen dafür, der Beseitigung der absoluten Armut und der Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen Priorität zuzumessen.

Folie 100: Die Folie zeigt den Vergleich der Budgetsummen der Bundesländer betreffend die Entwicklungszusammenarbeit für das Jahr 2000.

Die Zahlen geben Auskunft, wie viel Schilling je Einwohner in den einzelnen Budgets vorgesehen waren.

Die Steiermark lag dabei am 6. Rang von neun.

Folie 101: So wie die Gesichter der Menschen in aller Welt vielfältig sind, so ist es auch die steirische Entwicklungszusammenarbeit.

Sicher, würde man sich auf ein einzelnes Land, auf einen einzigen Projekttyp konzentrieren, wäre das Profil klarer.

Aber in der Steiermark ist es auch nicht der einheitlich gleich kurz geschnittene Rasen, der das charakteristische Bild ergibt, sondern die Wiese mit den verschiedenen Blumen, die natürliches Leben zum Ausdruck bringt.

Die steirische Entwicklungszusammenarbeit spiegelt das bunte Bild wider, das den Projektpartnern in verschiedenen Teilen der Welt ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Die Power-Point-Präsentation wurde erstellt vom Arbeitskreis für Weltkirche Schutzengel/Graz: August Glanzer, Gernot Fritz, Paul Pölzl.

**Präsident:** Es findet nunmehr eine weitere Diskussion statt, für welche zirka 30 Minuten vorgesehen sind plus/minus und zu Wort gemeldet hat sich Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic. Frau Landeshauptmann, bitte.

**Landeshauptmann Waltraud Klasnic:** Ein herzliches Grüßgott und vielen Dank, dass Sie an dieser heutigen Enquete teilnehmen.

Menschen, die eigentlich die tägliche Arbeit am allerbesten können. Und ich möchte beim Referenten anfangen, wo er gemeint hat, Politiker kommen und gießen dann über die Beratungen sozusagen das, was sie sich denken, drüber und eigentlich erwartet man Taten statt Worte. Ich habe das so verstanden und möchte mich gerade jetzt nach diesen Minuten der Präsentation bedanken für die Arbeit, die im Lande geschieht und möchte Ihnen versichern, dass wir uns auch in Zukunft bemühen werden, diese Arbeit zu unterstützen und dies auch mit Taten und nicht nur mit Worten. Und vom 6. Platz sind wir weg, wir haben diese Woche in der Regierung ein einstimmiges Budget beschlossen, wo es anders aussieht. Aber ich komme auch gleich dorthin zurück, wo es heißt, es ist nicht das Geld allein, es ist die Einstellung, es ist die Bewusstseinsbildung, es ist das Fühlen von Verantwortung. Und ich habe bei der Diskussion sehr gut zugehört und möchte sagen, dieses Fühlen der Verantwortung beginnt nicht nur dort in diesen Ländern, wo sich jene, die politische Verantwortung für sich in Anspruch nehmen, sondern sie beginnt eigentlich auch schon bei uns. Und wenn es uns gelingen kann – und bei den Kindern und bei den jungen Menschen spürt man es sehr stark und es gibt auch sehr, sehr viele reifer und erwachsen gewordene Menschen, die es immer schon gemacht haben – aber ich glaube, dass es uns gelingen muss, dies ein bisschen vorzuleben, was politische Verantwortung bedeutet. Und wenn die Sitten und die Form des Umgangs mit den Menschen in diesen Ländern mit viel Gewalt, mit viel Herzlosigkeit und vor allem mit Macht und Korruption verbunden ist, dann haben wir eine Chance es vorzugeben, dass der Auftrag ein anderer ist. Und wenn uns das stückweise gelingt und dass uns das gemeinsam gelingen möge, das ist eigentlich der Hauptauftrag.

Ich habe heute die Worte Nord-Süd sehr oft gehört, und wenn wir das so meinen, wie es gesagt ist, dann meinen wir nicht nur Nord-Süd, sondern meinen wir auch Ost-West, weil wir ja in einer Welt sind. Und dass dieses wahrgenommen wird, dafür bedanke ich mich. Ich habe in dieser Woche mitgebracht und habe es auch der Frau Außenministerin geschickt, die vor einigen Wochen bei uns in der Entwicklungszusammenarbeitsgruppe einige Stunden dabei war, es gibt ein neues Nachhaltigkeitspapier, beschlossen vom Ausschuss der Regionen Europas. Ausschuss der Regionen heißt Bürgermeister von Städten und Gemeinden sind vertreten, Länder und Regionen. Das heißt, auf dieser Ebene kann man auch beginnen und dieses Nachhaltigkeitspapier soll eine Grundlage sein für diesen Gipfel in Johannesburg. Auch ein Schritt und man kann nur hoffen, dass uns gemeinsam vieles gelingt.

Danke für Ihr Dasein und wir werden Sie gerne begleiten. Ich nenne gar keine Namen. Ich schaue dem Herrn Bürger in die Augen stellvertretend für viele. (Beifall.)

**Präsident:** Ich danke, Frau Landeshauptmann. Wir kommen damit zur nächsten Wortmeldung: Frau Mag. Jutta Dier, Friedensbüro Graz, „Bedeutung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit“ schreiben Sie als Thema auf. Ich bitte, Frau Magister.

**Mag. Jutta Dier:** Sie haben jetzt diese Präsentation von diesen vielen wunderbaren Projekten, die auch durch steirische Bürger durchgeführt werden, gesehen. Es war nur in zwei kurzen Beiträgen von der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit die Rede. Und es ist auch in zwei Sätzen gesagt, was wir tun. Aber ich glaube, dass es dem Anliegen und der Sache nicht gerecht wird, sie so kurz abzuhandeln. Wir haben jetzt diese Verpflichtung gehört, dieses entwicklungspolitische Handeln in anderen Ländern tätig zu sein und Strukturen zu ändern. Aber auch, dass diese Strukturänderungen bei uns nötig sind.

Um das bewirken zu können, sind wir Organisationen auch in der Bildungsarbeit tätig. Was wollen wir damit erreichen? Einerseits durch diese Information, durch das Wissen, wie die Situation der Menschen ist und welche Projekte durchgeführt werden, ermöglichen wir es auch, von der Öffentlichkeit Unterstützung, finanzielle Unterstützung zu gewinnen, um diese Projekte auch finanzieren zu können. Weiters trägt unsere Bildungsarbeit dazu bei, dass auch für das entwicklungspolitische Agieren des Bundes oder auch des Landes ein Verständnis in der Bevölkerung geschaffen wird und die Unterstützung dazu da ist. Ein weiterer Punkt, zu dem wir später etwas hören werden, ist, dass wir durch unsere Bildungsarbeit auch dazu beitragen wollen, dass die Menschen hier ihr Handeln, ihr Kaufverhalten ändern, und zwar hin zum Fairtrade, zum fairen Handel, das heißt, dass man sich bewusst wird, dass das, was wir hier tun, Auswirkungen auf Länder des Südens hat und was wir auch bewirken wollen. Durch unsere Aufklärung und Bildungsarbeit ist eine Veränderung des politischen Verhaltens der Menschen hier. Das heißt, dass eben durch diese zivilen Bewegungen es möglich ist, Druck auf Politik zu machen, um die internationalen Geschehnisse zu beeinflussen. Wir haben jetzt über den Begriff der „Globalisierung“ gehört, der nicht nur negativ ist, aber es gibt diesen eindeutig negativen Zweig, nämlich die Globalisierung von einzelnen großen Handelsketten, die ihr Machtimperium aufbauen. Es gibt auch die Globalisierung von militärischer Macht

und auch politischen Machtverhaltens. Dass diese Globalisierung, diese negative Globalisierung der Macht beeinflussbar ist, haben wir schon an mehreren kleinen Aktionen gesehen. Erst kürzlich ist es zum Beispiel in Großbritannien beim Kaufhaus „Harrod's“ gelungen, eine Produktauszeichnung zu schaffen, wo daneben steht „dieses Produkt stammt aus besetzten Gebieten in Palästina“. Das heißt, dass die Kunden jetzt wissen, wenn sie dieses Produkt kaufen, ist es eine politische Handlung, ist es eine politische Aussage und das wurde nur möglich durch viele Menschen, die protestiert haben, Unterschriften gesammelt und an die Geschäftsleitung von „Harrod's“ herangetragen haben. Aber das ist nur möglich, wenn die Menschen, wenn die Bevölkerung informiert wird und das ist eben der Auftrag von uns Bildungseinrichtungen. Wir haben in den letzten Jahren in unseren Einrichtungen bemerkt, dass allgemein die Gelder knapp werden, auch für unsere Arbeit knapp werden. Aber ich denke, man darf nicht vergessen, dass Bildungsarbeit für uns, Bildungsarbeit vor Ort, ein wesentlicher Standpunkt ist, um dann als Gemeinschaft aktiv zu werden, und zwar helfend aktiv zu werden in der Dritten Welt. Danke! (Beifall.)

**Präsident:** Ich danke für Ihre Wortmeldungen. Die nächste Wortmeldung erfolgt durch Frau Inge Schrettle von der Pädagogischen Akademie in Graz-Eggenberg, Weltgruppe Lieboch, Zusammenhang von NGOs und Politik haben Sie als Thema gewählt.

**Prof. Mag. Ingeborg Schrettle:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin froh, dass Sie, Frau Landeshauptmann, darauf hingewiesen haben, „wir müssen hier bei uns anfangen“ und ich möchte auch unterstützen, was meine Vorrednerin gesagt hat, die Rolle, die wichtige Rolle der Bildung. Ich könnte an der Pädagogischen Akademie meine Bildungsarbeit nicht so gut machen, wenn wir nicht „Welthaus“, „Südwind“ und die „Weltläden“ hätten, die diese Bildungsarbeit massiv unterstützen. Der Satz, der mir am stärksten von heute Vormittag in Erinnerung ist, ist von Herrn Kandem. Wir haben viele Jahre lang schon mit materiellen Hilfen gearbeitet. Die NGO-Szene hat 20 Jahre lang schon vieles gemacht, aber wir haben eigentlich keine Verbesserung erreicht, warum ist das so? Das ist der Satz, der mich im Augenblick am meisten bewegt. Offensichtlich hat einiges gefehlt? Es hat mich zum Beispiel in einem Pausengespräch ein Gast, der hier aus Brasilien da ist, Rubensekera von der ZBT von der Brasilianischen Landtasterei, darauf aufmerksam gemacht, er hat gesagt: „Wie könnt ihr eigentlich so etwas hier diskutieren, ohne die Rolle der Schuldenproblematik mit einzubeziehen?“ Das ist ein so wichtiges Thema, das müsste eigentlich hier hereingenommen werden. Ich kann das nicht machen, aber dass Rubensekera uns hier diesen Hinweis gibt, das zeigt auch, dass wir in unseren Kontakten etwa mit Brasilien, dass wir dort Partner haben, die sehr gut Bescheid wissen und von denen wir auch schon viel gelernt haben. Ich möchte sagen, das, was heute Herr Professor Nuscheler gesagt hat, das waren ganz wichtige Dinge über Bewusstseinsveränderungen überall, die Menschen dazu bewegen, sich Recht zu verschaffen. Eigentlich haben wir das seit 20 Jahren in der NGO-Szene sehr gut gewusst. Wir waren nicht so erfolgreich in dieser Arbeit, wir haben seit vielen Jahren schon viel Energie hineingegeben, viele von denen, die hier in der Mitte sind, arbeiten, so wie ich, schon jahrzehntelang. Unsere Erfolge sind nicht so gut, wir haben schon was erreicht, wir haben dieses Netzwerk mit entwickelt, das uns selber auch viele Impulse gegeben hat, aber auch die Politik, die hier mitarbeitet, muss etwas verändern. Ohne die Politikerinnen und Politiker werden wir eben doch weiter „dahinwurschteln“ und nicht so gravierende Strukturänderungen haben können, wie wir gerne möchten. Wir brauchen die Politik, wir brauchen die Unterstützung durch Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete. Sicher sind wir hier auf keiner sehr hohen politischen Ebene, aber doch fängt hier die politische Ebene an. In der Steiermark gibt es immer noch eine ziemlich große Vielfalt politischer Gruppen: NGOs, wie Sie in der Power-Point-Präsentation gesehen haben und ich weise in meinem Unterricht in der politischen Bildung auch gerne darauf hin, dass wir ein Bundesland sind, wo es sehr viele Aktivitäten gibt. Ich möchte haben, ich wünsche mir von der Politik, dass es auch auf der politischen Ebene sich noch stärker so entwickelt. Ich hätte gerne, dass ich auch sagen kann, wir haben hier Politikerinnen und Politiker, die sehr viel Wert auf Entwicklungszusammenarbeit legen, die erkannt haben, dass das auch zu unserer eigenen Lebensqualität beiträgt. Vielleicht ein Beispiel: Heute Früh, wie ich mit der Studentengruppe hereingekommen bin, ist mir aufgefallen, dass wir keine Namensliste beim Portier gebraucht haben, wir sind nicht kontrolliert worden, wir konnten ganz offen mit einer großen Gruppe Studenten hineingehen. Das ist sehr schön, dass wir das hier noch nicht nötig haben, so eine genaue „Perlustrierung“ und das ist etwas, was wir zu verlieren haben. Ich sehe hier einen Zusammenhang, den ich jetzt nicht näher ausführen möchte, aber noch einmal: Ich wünsche mir ein Empowerment für meine Arbeit in der politischen Bildung, aber vor allem für die ganze NGO-Szene durch die Politik hier in der Steiermark. (Beifall.)

**Präsident:** Entschuldigung, ich darf vielleicht ganz kurz nur feststellen. Sie bringen mich fast in eine peinliche Situation, wenn Sie das so hervorheben, das Nicht-kontrolliert-Sein, denn Sie dürfen wissen, wir müssen dafür sorgen, dass Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden, dass nichts passieren könnte, das unter Anführungszeichen. Was die politische Ebene betrifft, darf ich hervorheben, der Steiermärkische Landtag beschließt die Landesgesetze und das Landesbudget. Das nur im Hinblick auf die Bedeutung des Landtages, vielleicht in kürzester Ausföhrung.

Damit komme ich jetzt zur Wortmeldung von der Frau Mag. Claudia Pein von der Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar. Sie meldet sich zum Thema: „Österreichische Politik muss konsequent sein!“ Frau Mag. Pein, bitte!

**Mag. Claudia Pein:** Sehr geehrte Damen und Herren! Mich hat die Wortmeldung von unserer Frau Landeshauptmann sehr angesprochen, als sie gesagt hat, wir müssen unser „Handeln“ und unser „Reden“ auch mit Verantwortung führen. Ich denke, genau das ist der Punkt, wenn gesagt wird, was wir an Verträgen unterschreiben, wozu wir zumindest am Papier stehen, auch konsequent einzuhalten und es tatsächlich mit Verantwortung zu führen. Wir haben heute sehr viel davon gesprochen, dass wir internationale Strukturen verändern müssen, dass wir Zivilgesellschaft und Zivilcourage brauchen. Ich möchte das an Hand eines Beispielen konkretisieren, das zurzeit in Österreich sehr aktuell ist und damit auch auf diese Verantwortung hinweisen.

Die OMV beispielsweise ist zurzeit im Südsudan tätig und führt Ölexplorationen durch. Ich möchte gleich dazusagen, zurzeit ist nicht ganz richtig, zurzeit hat sie sich zurückgezogen, weil es zu gefährlich geworden ist in der Gegend. Im Südsudan gibt es schon lange einen Bürgerkrieg und es ist Tatsache, dass durch die Ölfirmen, die dort jetzt auf Ölfunde gestoßen sind, der Bürgerkrieg massiv angeheizt wurde. Es gibt unterschiedliche Berichte und Untersuchungen, dass es auch einen direkten Zusammenhang zwischen der Tätigkeit der OMV im Südsudan und den massiven Menschenrechtsverletzungen dort gibt. Zurzeit zählen wir schon schätzungsweise um die 50.000 Personen, vertriebene Menschen, Flüchtlinge, vergewaltigte Frauen und vor allem Kinder sind die Betroffenen davon. Die Sudanplattform Österreich, zu der zahlreiche NGOs, die auch hier heute sitzen, dazugehören, fordert die politisch Verantwortlichen, die Bundesregierung und die EU-Parlamentarier dazu auf, hier konsequent zu sein und Verantwortung einzufordern. Es gibt Möglichkeiten Druck auf die sudanesischen Regierung auszuüben, um Bedingungen auch klar zu machen, unter welchen Bedingungen hier Öl abgebaut werden soll. Und hier hat auch Österreich eine große Verantwortung. Immerhin ist die Republik Österreich Hauptaktionärin der OMV. (Beifall.)

**Präsident:** Damit kommen wir zur Wortmeldung von Herrn Dr. Ernst Burger. Vorsitzender des Beirates für Entwicklungszusammenarbeit beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung. Herr Dr. Burger, bitte.

**Wirkl. Hofrat Dr. Ernst Burger:** Herr Präsident!

Danke vielmals. Ich hoffe, Sie haben aus den bisherigen Wortmeldungen und aus der Power-Point-Präsentation einen gewissen Einblick über diese Vielfalt und über diese Buntheit, aber auch über dieses intensive Engagement von steirischen Menschen, steirischen Gruppierungen und Initiativen miterlebt. Steirische Entwicklungszusammenarbeit im täglichen Leben spielt sich auf mehreren Ebenen ab. Das reicht von persönlichen Gesprächen, beispielsweise von Frau Landeshauptmann Klasnic mit Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchu oder zuletzt mit dem Bischof aus Nigeria Dr. Okeke. Oder aus den intensiven Bemühungen von Selbstbestuerungsgruppen oder Aktionen in Pfarrgemeinden. Sie reicht von Medienkontakten bis zu Veranstaltungen in Schulen, wie wir gesehen haben. Viele Ansätze aus den achtziger Jahren haben sich bewährt. Wir haben uns aber weiterentwickelt. Wir haben vor zehn Jahren, also nach einer zehnjährigen Arbeitsphase der Steiermärkischen Landesregierung einen Bericht über unsere Arbeit abgelegt und das da hier drinnen zusammengefasst. Heute nach 20 Jahren könnte man sagen, ist es Zeit Bilanz vor dem Hohen Haus zu machen. Und das ist hoffentlich mit dieser Enquete auch möglich, wofür ich mich ganz, ganz herzlich bedanke, weil sie Verantwortung und hohes Interesse an diesem Thema von uns allen zeigt. Dass die Globalisierung auch sehr wesentliche positive Punkte haben kann, möchte ich an zwei aktuellen Beispielen erwähnen. Das eine ist, Hermann Schaller hat in der letzten Sitzung im Beirat auf die Besorgnis erregende Situation in Guatemala eindringlichst hingewiesen. Er hat vorgeschlagen, es mögen sich möglichst viele Mitglieder und Organisationen an der Inseratenaktion beteiligen. Welche konkreten Möglichkeiten es diesbezüglich gibt, wurde gleich per E-Mail an alle Interessenten verteilt. Das ist Globalisierung im besten Sinn des Wortes. Das zweite Beispiel und da werden wir im Anschluss daran gleich davon hören, ist die weltweite Bemühung zu einem fairen Handel, über den wir jetzt dann noch diskutieren werden. Das heißt, auch wir in der Steiermark sind immer mehr eingebunden in diesen Prozess der Globalisierung. Dieser Prozess hat aber auch, wie Herr Professor Nuscheler festgestellt hat, eine Reaktion, eine mögliche Reaktion, das ist die globale Strukturpolitik. Das heißt, der Gedanke, der dahintersteckt ist, dass Nationen und Staaten sich zu unterschiedlichen reichen aber dennoch unterschiedlichen Provinzen einer Gesellschaft verwandeln, wobei diese Gesellschaft grenzüberschreitend und gemeinsam zukünftige Probleme wird lösen müssen. Ich möchte ganz kurz nur vom heutigen Tag zusammenfassend ein paar globale Trends anreißen. Die Zahl der absoluten Armen wächst trotz vieler Bemühungen. Es vertiefen sich weltweit Trends zu sozialen Disbalitäten in und zwischen Ländern. Die Weltbevölkerung wächst zwar langsamer, aber immer noch weiter. Das Wachstum ist vor allem dort am höchsten, wo die Armut am größten ist. Es ist ein in sich verstärkender Prozess im Gange. Kriege, Bevölkerungswachstum, Massenarbeit, Umweltzerstörung, Umweltkatastrophen sowie das durch die Medien erfahrbare Wohlstandsgefälle – wir haben erfahren, dass in den Slums oder wo immer Fernsehen den ganzen Tag erfolgt – kommt der Migrationsdruck zwischen den Ländern des Südens und später von Süd nach Nord. Das heißt, wird müssen uns auch mit einem weltweiten Trend zur Stärkung der Rechte und Bildungschancen von Frauen auseinander setzen, denn es gibt noch immer krasse Benachteiligungen. Wir müssen uns auseinander setzen mit der rechtlichen Institutionalisierung der Menschenrechte und des internationalen Menschenrechtsschutzes und wir müssen schauen, dass die Weltwirtschaft auf eine andere Basis kommt. Was können wir dazu tun? Ich meine immer wieder und weiter konkret diskutieren, wie wir es heute gemacht haben. Die zur Verfügung stehenden Energien und Mittel zielgerecht und effizient einsetzen und dann handeln. Dass diese Anliegen in der Landtagsenquete eine unwahrscheinliche Impulsgebung erfahren haben, möchte ich betonen. Denn gerade mit dieser Enquete ist auch eine ganz, ganz starke Motivation für alle mitwirkenden Steirerinnen und Steirer, Gruppen, Initiativen verbunden.



Wie können wir und das wird unsere Diskussion in der Zukunft sein, die Gruppen und Initiativen stärker vernetzen? Im Beirat besser integrieren. Koordinierungsarbeit im Sinne Nuschelers Arbeiten. Welche Prioritäten müssen wir neu setzen und bei allem sollte die Überlegung auch sein. Globalisierung ja und soll unser Grundsatz der Lokalisierung, nämlich der lokalen partnerschaftlichen Beziehung erhalten bleiben? Ich meine mit einem Rufzeichen, ja. Danke schön! (Beifall.)

**Präsident:** Danke, Herr Hofrat Dr. Burger. Womit ich sagen kann, dass wir zum Referat kommen. Stärkung des fairen Handels in der Steiermark. Dazu spricht Frau Mag. Gabriele Grundnig, die das Studium der Geschichte, Deutsche Philologie, Pädagogik und Theologie absolvierte sowie einen Hochschullehrgang für Deutsch als Fremdsprache. Seit 1997 Bildungsreferentin für entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Welthaus der Diözese Graz-Seckau ist und von 1995 bis 1998 Mitarbeiterin im Projekt „Steinernes Bewusstsein“. 1996 bis 1997 ist Frau Mag. Grundnig Unterrichtspraktikantin an der HTBLA Ortweingasse und von 1991 bis 1997 Trainerin für Deutsch als Fremdsprache. Frau Magister, Ihr Referat bitte.

**Mag. Gabriele Grundnig:** Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren!

Es gibt viel zu tun in dieser Welt, das ist so das Resümee für mich heute aus dieser Enquete. Es gibt so viel zu tun, dass manche Menschen das Gefühl der Ohnmacht in sich spüren, wie Hermann Schaller, der sehr aktiv ist hier in der Steiermark, das er uns auch mitgeteilt hat. Es gibt aber auch Handlungsansätze aktiv zu werden und einer dieser Handlungsansätze ist der faire Handel und den möchte ich Ihnen heute vorstellen. Wir haben gerade vorher in der Pause herrlichen Kaffee aus dem Weltladen getrunken und vermutlich auch die belebende Wirkung, je nach Dosierung, gespürt und auch genossen. Wir liegen dabei voll im Trend. Kaffee ist eines der Lieblingsgetränke der Österreicherinnen und Österreicher. Im Schnitt trinkt eine Österreicherin, ein Österreicher 7,7 Kilogramm Kaffee im Jahr.

Wir liegen dabei im europäischen Mittelfeld, nur die Skandinavier sind da über uns sozusagen. Aber es stellt sich bei all dem Genuss rund um den Kaffee auch die Frage, können die Produzentinnen in den Entwicklungsländern an unserem Genuss teilhaben? Wie viel bekommt ein Bauer, eine Bäuerin beziehungsweise wie viel bekommen die Produzenten und Produzentinnen für den Rohstoff Kaffee? Wie gut kann man von Kaffee leben? Ich habe Ihnen ein kleines Rechenbeispiel mitgebracht. Das ist nicht ganz ein Kilo Kaffee, aber wir stellen uns einmal vor, das ist ein Kilo Kaffee und er wäre konventionell hergestellt. Der Kunde, die Kundin bezahlt hier in Österreich für diesen konventionell produzierten und konventionell gehandelten Kaffee 9 Euro oder 123,80 Schilling, für die, die noch umrechnen müssen. Den Produzenten und Plantagenarbeiterinnen bleibt dabei zwischen 3 bis 10 Prozent des Bruttoverkaufspreises. Das ist da drinnen, das sind so zwischen 27 Cent und 90 Cent je Kilogramm. Ich habe einmal den bestmöglichen Fall angenommen, also 90 Cent sind da drinnen. Jetzt nehmen wir an, dieses Kilo Kaffee ist fair gehandelt, es ist ein fair gehandelter Kaffee, natürlich, es ist der Kaffee, den wir vorher getrunken haben – Pueblo – aus dem Weltladen. Ja, dieses Kilo Kaffee kostet 11,26 Euro, also 124,94 Schilling. Den Produzenten, den Kleinbauern – ich möchte das betonen, weil dieser Kaffee in kleinstrukturierten Betrieben angebaut wird – bleiben zirka 30 Prozent des Bruttoverkaufspreises. Also das sind 3,78 Euro, also es ist das Drei- bis Zehnfache im Vergleich zur konventionellen Produktion. Also wenn man diese zwei Geldgläser – nennen wir es einmal so – vergleicht, gibt es da ein großes Ungleichgewicht und dem möchte ich heute nachgehen.

Ich möchte aber auch betonen, es sind natürlich nur Annäherungswerte, die eben dieses massive Ungleichgewicht verdeutlichen. Der Kaffeepreis ist abhängig vom gerade aktuellen Weltmarktpreis, der sehr hohen Schwankungen unterliegt. Der Weltmarktpreis für Kaffee ist gerade im Moment wirklich katastrophal niedrig. Kaffee wurde im März mit zirka 48 US-Dollar pro Sack, also ein Sack sind 45,4 Kilogramm, gehandelt und die Produktionskosten betragen jedoch 60 bis 100 Dollar. Also es heißt, es sind nicht einmal die Produktionskosten gedeckt quasi für die Bauern. Und was das für die Lebensumstände der Bauern bedeutet, kann man sich vorstellen.

Konventionell produzierter Kaffee bedeutet in der Produktion zumeist Großplantagenwirtschaft, Monokultur und deren ökologische und soziale Folgen, mitunter Landvertreibungen von Bauern wie zum Beispiel in Brasilien, starker Einsatz von Pestiziden und Chemikalien. Internationale Arbeitsstandards werden nicht oder oft unzureichend eingehalten und Kinderarbeit ist sehr verbreitet. 3 bis 10 Prozent des Bruttoverkaufspreises in der konventionellen Kaffeeproduktion bedeuten für die Menschen gerade noch die Möglichkeit zu überleben, das heißt quasi ein Leben von der Hand in den Mund. Investitionen in Bildung, Gesundheit, Soziales, in die Zukunft der Kinder sind nicht möglich. Die Spirale der Armut und Abhängigkeit und Unfreiheit dreht sich dadurch immer weiter. Und wir – und das ist heute auch schon von der Frau Landeshauptmann betont worden – tragen diese Spirale der Ungerechtigkeit mit unserem Konsumverhalten hier in Europa, hier in der Steiermark mit. Das heißt, wir haben Verantwortung.

Die Länder der EU kaufen fast die Hälfte Weltkaffeeexportmenge. Die USA importieren ein Viertel. Die westlichen Industrieländer spielen damit die tragende Rolle im internationalen Kaffeehandel. Die Kaffeeproduktionsländer sind dagegen ausnahmslos Entwicklungsländer. 65 Prozent der Weltkaffeeherstellung passiert in Lateinamerika, Süd- und Zentralamerika, dem folgen Afrika und Asien. Wichtigstes Exportland, weil wir heute einen Gast auch aus Brasilien hier haben, ist mit 30 Prozent Brasilien, Exportquote. Und zu den größten Kaffeeproduzenten weltweit gehören auch Kolumbien – und viele wird es vielleicht überraschen –, seit kurzem auch Vietnam. Fairer Handel ist eine Alternative. Fairer Handel bedeutet derzeit, dass 800.000 Erzeugerfamilien in 45 verschiedenen Ländern für ihre Produkte „faire“ Preise bekommen, wodurch die Lebensbedingungen von 5 Millionen Menschen grundlegend – ich betone wirklich grundlegend – verbessert werden. Die Grundidee des fairen Handels ist ge-

rechte Möglichkeit des Handelns mit Partnerinnen in Entwicklungsländern so gemeinsam zu erarbeiten und zu gestalten, dass es zu einem gegenseitigen Austausch, also zu einem gegenseitigen Austausch an Gütern kommen kann und das heißt gegenseitige Bereicherung im positiven Sinne jetzt gemeint. Faire Handelsbeziehungen sollen in unserer Situation des Ungleichgewichtes die Produzenten und Produzentinnen dabei unterstützen, ihre Lebens-, Arbeits- und Einkommensbedingungen aus eigener Kraft, aus eigener Arbeitskraft zu verbessern. Gerechter Lohn, gerechte Preise statt Almosen!

Vertragspartnerinnen der größten österreichischen Importorganisation des fairen Handels, der EZA Dritte Welt, die auch Pionier der Idee des fairen Handels in Österreich ist und das Siegel Initiative Transfer sind genossenschaftlich organisiert und unterliegen festgelegten Kriterien, die die soziale und auch ökologische Idee des fairen Handels sicherstellen.

Der Anbau erfolgt – ich habe vorher schon darauf hingewiesen – in kleinbäuerlichen Strukturen, also in der Regel in Familienbetrieben, wie wir sie auch hier in der Steiermark kennen.

Warum ist es möglich, dass Kleinbauern durch fairen Handel bis zu zehnmal so viel an Einkommen erwirtschaften können und welche Prinzipien stehen überhaupt hinter dem fairen Handel? Der direkte Handel ist sicher ein ganz, ganz wichtiger Ansatzpunkt. Das heißt, es wird den kooperativen Kleinbauern ermöglicht direkt zu handeln. Das heißt, es bedeutet für die Kleinbauern die Durchbrechung der Abhängigkeit vom Zwischenhandel, der massiv ist in den Entwicklungsländern. Das kann zum Beispiel so sein, dass es keine Transportmittel gibt und dadurch die Kleinbauern wirklich zu 100 Prozent abhängig sind von diesen Zwischenhändlern. Oder dass es Preisabsprachen gibt zwischen diesen Zwischenhändlern. Aber es gibt viele, viele Zwischenhändler natürlich dazwischen.

Ganz, ganz wichtig ist auch, dass es eine Garantie gibt für existenzsichernde Mindestpreise, die über den Produktionskosten liegen und auf der Kalkulation des Existenzminimums beruhen. Das heißt, das Einkommen der Erwachsenen ist über dem Existenzminimum und das bedeutet zum Beispiel, Kinderarbeit ist nicht mehr notwendig. Und das hat natürlich eine Folge von sozialen Entwicklungen.

Ein wichtiger Punkt ist sicher auch, dass es langfristige Abnahmeverträge mit den Kleinbauern gibt. Dadurch wird Zukunftsplanung möglich. Das heißt, Zukunftsplanung bedeutet Investition in Bildung, Gesundheit usw. Den Kleinbauern wird auch garantiert eine Vorfinanzierung der Ernte bis zu 60 Prozent. Und wir haben vorher gehört von der Schuldenfalle, das ist die kleine Schuldenfalle der Privaten. Das heißt, diese Vorfinanzierung hilft den Kleinbauern, dieser Schuldenfalle im Kleinen zu entkommen.

Es gibt auch einen Biobonus. Wenn Kleinbauern biologisch produzieren – und das ist auch die Idee, wirklich naturnah, wenn möglich ökologisch zu produzieren, des fairen Handels –, gibt es einen Biobonus, der den Kleinbauern bezahlt wird.

Es werden soziale Eigenprogramme aus dem Mehrerlös des fairen Handels finanziert und es soll zur Durchsetzung der lokalen Mindeststandards im sozialen Bereich kommen. Also wieder im Bereich Bildung, Gesundheit, und das entscheiden aber die Kooperativen selber, was ihr Lebensprojekt ist, wo sie sich vertiefen wollen, was sie brauchen.

Wichtig ist im fairen Handel dann auch noch der Anbau von Nahrungsmitteln für den eigenen Bedarf der Bauern.

Wir haben vorher gehört, dass der konventionelle Kaffeeanbau Plantagenwirtschaft ist. Beispiel Brasilien: Brasilien ist der drittgrößte Nahrungsmittlexporteur der Welt und trotzdem hungert in Brasilien ein Fünftel der brasilianischen Bevölkerung, das sind 32 Millionen Menschen. Ich finde diesen Ansatz sehr wichtig, wirklich auch Diversifizierung zu betreiben, den Anbau von Nahrungsmitteln für den eigenen Bedarf zu forcieren. Fairer Handel – ich habe es vorher schon kurz angeschnitten – hat auch einen ökologischen Ansatzpunkt. Ein Aufnahmekriterium, um überhaupt fair gehandelter Bauer, Kleinbauer oder Genossenschaft zu werden, wäre, dass man bereit ist, nachhaltig ökologisch und sozial zu wirtschaften, das heißt, kleinstrukturierte Betriebe, Mischanbau und im Idealfall biologischer oder organischer Anbau. Nicht nur Kleinbauern und Kleinbäuerinnen sind im fairen Handel integriert. Es gibt auch lohnabhängige Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie sind vor allem im Teeproduktionsbereich oder in der Produktion von Fußbällen und T-Shirts beschäftigt und hier sichert der faire Handel faire Löhne, das heißt Sicherung des Existenzminimums. Auch der arbeitsrechtliche Schutz soll gewährleistet sein, das heißt Mitsprache für die Arbeiter und Arbeiterinnen, Einhaltung von Gesetzen und sozialen Mindeststandards. Es gibt auch eine Prämie zur Verbesserung der sozialen Mindeststandards, zum Beispiel im Bereich Wohnen, medizinische Versorgung, Kinderbetreuung und Bildung. Ich darf zusammenfassen: Fairer Handel bedeutet für die Produzentinnen und Produzenten, dass sie durch ihre Arbeitskraft nicht nur bloß überleben können, fairer Handel eröffnet den Produzenten und Produzentinnen längerfristige Perspektiven und Lebensmöglichkeiten. Die Konsumenten und Konsumentinnen zum Beispiel bei uns in der Steiermark bekommen qualitativ hochwertige Produkte. Man muss sich vorstellen, schon fünf österreichische Haushalte, die auf fair gehandelten Kaffee umsteigen, sichern die Existenz einer achtköpfigen Kaffebauernfamilie in den Entwicklungsländern. Angesichts der enormen globalen Probleme – wir haben einiges davon ja heute gehört – und der oft individuell empfundenen Hilflosigkeit bietet der faire Handel eine einfache und direkte Methode zur Verbesserung der Situation der Produzenten und Produzentinnen in den Entwicklungsländern. Durch den Kauf eines fair gehandelten Produktes können Verbraucher mit einfachen täglichen Handlungen eine bedeutende Rolle zum globalen Ausgleich von Wohlstand und Lebensmöglichkeiten spielen. Eine Entschließung des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 1998 kommt zu folgendem Schluss: „Fairer Handel ist die effizienteste Art der Entwicklungsförderung.“ Ich erinnere noch einmal an das Motto: „Gerechter Lohn/gerechte Preise statt Almosen.“ Wo erhalte ich nun fair gehandelte Produkte? Das

Angebot an fair gehandelten Produkten wird immer umfangreicher und ist in Weltläden und flächendeckend auch in Geschäften führender Einzelhandelsketten erhältlich. Hildegard Klug hat einen kleinen Tisch zusammengestellt – dafür möchte ich mich bei dir, Hildegard vom Weltladen, herzlich bedanken –, der einen kleinen Einblick in die Palette fair gehandelter Produkte gibt. Ganz kurz zum Weltladen: In Österreich gibt es über 60 Weltläden, die in der ARGE Weltläden zusammengeschlossen sind. Sie sind gemeinsam mit der Importorganisation „EZA Dritte Welt“ die Pioniere des fairen Handels in Österreich, der ungefähr zu Beginn der siebziger Jahre eingesetzt hat. Der Weltladen ist das Fachgeschäft für fair gehandelte Produkte. Die Produktpalette reicht von Kaffee bis zu handwerklichen Produkten, also nicht nur Lebensmittel. Alle Produkte sind im Weltladen fair gehandelt, weiters wird fachgerechte Beratung und Information geboten, also ein Einkaufserlebnis an einem bestimmten Ort. Ich habe vorher kurz angeschnitten, dass einige Produkte, die wir hier sehen, auch in Supermärkten erhältlich sind, wie zum Beispiel bei Merkur, Billa, ADEG und so weiter. Die Siegelinitiative „Trans Fair“ platziert seit Beginn der neunziger Jahre auch in Zusammenarbeit mit der EZA Dritte Welt in Österreich eine ausgewählte Produktpalette an fair gehandelten Waren in Supermärkten. Es sind dies Tee, Kaffee, Schokolade, Kakao, Orangensaft und seit kurzem auch Biobananen mit dem Trans-Fair-Siegel. Hildegard, ich bitte dich herzuzeigen, wie das Trans-Fair-Siegel ausschaut. Das Trans-Fair-Siegel zeigt eine Figur in schwarzweiß, zwei Seiten der Wirklichkeit. Hildegard Klug vom Weltladen und ich möchten Ihnen nur einige Produkte vorstellen: Es gibt zum Beispiel in den EZA Fair-Trade-Organic-Biokaffee – sehr hoch ausgezeichnet von „Konsument“ auch bezüglich seiner Qualität. Ein sortenreiner Kaffee ist der Arabica-Kaffee und ist zu kaufen bei Weltladen, bei Merkur, Eurospar und im DM-Drogeriemarkt. Es gibt einen EZA Fair Trade Organico auch entkoffeiniert, der für jene geeignet ist, die kein Koffein vertragen. Wie schon gesagt, diese Produkte gibt es bei Eurospar, in den Weltläden und in Eine-Welt-Läden. Wir haben vorher den EZA Fair-Trade-Kaffee Pueblo getrunken, der in den Weltläden und bei Eurospar zu beziehen ist. Es gibt auch einen Hornig-Fair-Trade-Hochlandkaffee. Ich darf kurz zu Hornig etwas sagen, weil es eine steirische Firma ist: Hornig war die erste Firma in Österreich, die quasi das Trans-Fair-Siegel verwendet und sich diesen Kriterien unterworfen hat. Ich denke, wir Steirerinnen und Steirer können auf diese Firma stolz sein. Ich darf erwähnen, dass es bei Hornig auch noch Tee von Fair Trade gibt. Kaffee NATURA NEUTEBOOM ist auch ein Biokaffee und erhältlich bei Eurospar und in den Weltläden. Es gibt natürlich nicht nur Kaffee. Ich wollte Ihnen aber ein paar Kaffeesorten präsentieren. Es gibt allerdings noch mehrere Kaffeesorten. Es ist wirklich nur eine kleine Auswahl. Tee wäre das Nächste: EZA Fair-Trade-Darjeeling-Bio-Grüner Tee. Das ist ein Tee, der von „Konsument“ mit „sehr gut“ ausgezeichnet wurde, das heißt, es stimmen nicht nur soziale und ökologische Nachhaltigkeit, sondern die Qualität ist wirklich top. Weiters gibt es Schokolade in unterschiedlichsten Sorten, Companera von Honig bis Kokos – auch Bioschokolade gibt es. Orangensaft wäre ein weiteres Produkt: Einerseits der Merida-Orangensaft, der im Weltladen und bei Eurospar zu beziehen ist und andererseits der Pfanner-Fair-Trade-Orangensaft. Pfanner hat sich beim Orangensaft den Fair-Trade-Kriterien unterworfen. Er ist in den unterschiedlichsten Geschäften zu beziehen: A & O, Hornig, Merkur, Pfeiffer C+C. Das ganz neue Kind ist die Banane am österreichischen Fair-Trade-Markt und sie ist wunderbar angelaufen. Ich habe mir sagen lassen, wie viele Tonnen es sind, die täglich verkauft werden, und zwar 4 Tonnen in etwa. Es ist unglaublich gut angelaufen und Trans Fair freut sich sehr darüber. Es gibt diese Bananen biologisch produziert und auch konventionell sehr naturnah produziert. Erhältlich sind diese bei Eurospar, Interspar und Merkur. Der Marktanteil von fair gehandeltem Tee und Kaffee liegt derzeit in Österreich bei einem Prozent – das ist relativ niedrig. Der Marktanteil fair gehandelter Bananen als Beispiel in der Schweiz zeigt, welche Potenziale möglich sind – er liegt bei 15 Prozent. Eine Marketingstudie aus dem Jahr 1999 ortet für Österreich ein mögliches Kundenpotenzial für fair gehandelte Produkte bei 32 Prozent. Bis zum Erreichen dieser Marke ist natürlich noch Veränderung im öffentlichen Bewusstsein zum fairen Handel notwendig. Das Land Steiermark könnte eine wichtige Rolle im öffentlichen Diskurs spielen und an der Imagebildung aktiv teilnehmen. Das Land Steiermark könnte den fairen Handel als öffentliches Anliegen transportieren. Ein wichtiger Schritt wäre dabei sicherlich die Berücksichtigung fair gehandelter Produkte im öffentlichen Beschaffungswesen in der Steiermark.

Das wäre wirklich ein deutliches Signal des Landes für mehr soziale Gerechtigkeit und aktives regionales Handeln in einem globalen Kontext. Welche Aktivitäten bieten sich dafür an? Das Land Steiermark könnte sich zum Beispiel dazu entschließen, zum Beispiel 25 Prozent bestimmter Produktgruppen, wie zum Beispiel Kaffee, Tee, Kakao, Orangensaft und Schokolade im öffentlichen Beschaffungswesen des Landes als fair gehandelte Produkte zu integrieren. Bei Ausschreibungen für Kantinen und BüfettbetreiberInnen sollten die PächterInnen dazu angehalten werden, fair gehandelte Produkte in ihr Angebot aufzunehmen. Es gibt da zum Beispiel vom Land Kärnten einen sehr interessanten Ansatz. Beschlossen vom Kärntner Landtag. Eine Person auch damit zu beauftragen diese KantinenbesitzerInnen oder interessierte Personen innerhalb des Landes zu beraten. Umstellungsmöglichkeiten zu diskutieren und zu unterstützen. Die Vorbildwirkung des öffentlichen Sektors wäre ein sehr wichtiger Punkt, zum Beispiel könnte bei Landtagssitzungen Tee, Orangensaft, fair gehandelter Kaffee getrunken werden und das wäre auch schön, wenn die Büros der steirischen Landesregierung auf fair gehandelte Produkte umsteigen würden. Ein weiterer Punkt wäre vielleicht auch noch die Sensibilisierung der Gemeinden, also der Multiplikatoreneffekt, den das Land Steiermark einnehmen könnte für den fairen Handel im öffentlichen Beschaffungswesen durch die Vorbildwirkung des Landes. Hier könnte Information und Empfehlung durch die Gemeindeforen des Landes stattfinden. Das wären jetzt einige Ansätze für das Land Steiermark aktiv zu werden für den fairen Handel, für die Welt. Ich möchte auch ganz kurz dazusagen, prinzipiell sollten natürlich Produkte aus der heimischen Landwirtschaft bevorzugt werden. Wenn aber Produkte aus den Ländern des Südens verwendet werden, dann solche aus fairem Handel. Ich möchte zum Schluss nochmals darauf hinweisen und unterstreichen. Der faire Handel kann natürlich nicht alle Probleme in den Entwicklungsländern lösen. Er kann aber einen

konstruktiven und nachhaltigen Beitrag zur Armutsbekämpfung und Entwicklung leisten. Als Unterstützung für die Umsetzung dieser Ansätze für eine faire Steiermark darf ich Ihnen, sehr geehrter Landtag, sehr geehrter Herr Präsident, eine Zwischenbilanz einer Unterschriftenaktion für den fairen Handel im öffentlichen Beschaffungswesen in der Steiermark überreichen. Durchgeführt von der Aktionsgruppe Johannesburg 2002, die sich im Hinblick auf die UNO-Weltkonferenz im August 2002 für den fairen Handel und nachhaltige Ernährung einsetzt. Es ist dies eine Initiative von acht NGOs und Solidaritätsgruppen, unterstützt von der AGEZ Steiermark und der Plattform Entwicklungspolitischer Gruppen und der AGEZ Österreich. Und es werden noch mehr Unterschriften dazukommen. Es sind jetzt schon mehr. Es sind wieder 150 dazugekommen, das ist der Stand 21. Mai. Im Rahmen der fairen Wochen, die ja heute beginnen und des Aktionsmonats „Ernährungssouveränität“. Ich ersuche Sie, diese Stimmen zu nutzen für den fairen Handel, für eine gerechtere Welt. Danke! (Beifall.)

**Präsident:** Frau Magister, danke. Sie haben das Zeitlimit gut eingehalten. Jetzt sind es die im Landtag vertretenen Parteien, die zu Wort kommen. Die erste Wortmeldung kommt vom Klubobmann der ÖVP, Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Lopatka. Füge hinzu, Herr Abgeordneter, fünf Minuten sind vorgesehen. Nächste Wortmeldung ist dann von Landtagsabgeordnetem Grabner.

**Abg. Dr. Reinhold Lopatka:** Herr Präsident, meine sehr geehrte Damen und Herren!

Am Ende dieses Vormittags, am Ende dieser Enquete darf ich vielleicht einige grundsätzlich Anmerkungen zu Beginn machen. Wir haben oft hier Sitzungen, wo nicht unbedingt die Sachlichkeit und die Nachdenklichkeit im Vordergrund steht, sondern eher die Auseinandersetzung. Ich weiß nicht, was in der Politik besser ist, wenn man in einer intensiven Debatte, die dann auch zu persönlichen Auseinandersetzungen führt, an eine Sache herangeht oder wenn man es so macht wie wir heute hier am Vormittag. Für die Medien ist sicherlich die Konfrontation die interessante und die Auseinandersetzung, Streit und Hader. Der Sache ist es wahrscheinlich dienlicher, wenn die vier im Landtag vertretenen Parteien hier an einem Strang ziehen. Und das ist auch notwendig, dass wir das tun. Am Beginn der achtziger Jahre, ich habe da ein wenig nachgeblättert, war die Steiermark innerhalb der neun Bundesländer sicherlich ganz vorne mit dabei, als damals ein eigener Budgetposten im Landesbudget – und das war damals etwas Neues – geschaffen worden ist für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Als seinerzeit dann der Beirat eingerichtet worden ist und man begonnen hat sich mit diesem Thema zu befassen. Damals hat es noch geheißen Beirat für Probleme der Dritten Welt, inzwischen ja der Beirat für Entwicklungszusammenarbeit. Und heute ist schon sehr deutlich gesagt worden, auch vom Herrn Professor Nuscheler, dass es kaum einen Politikbereich gibt, wo die Reden so weit von dem entfernt sind, was tatsächlich passiert. Daher möchte ich auch nicht allzu lange reden, aber ein paar konkrete Punkte sagen. Ich bitte Sie, die hier in der Mitte dieses schönen Landtagssitzungssaales sitzen und auch die auf den Zuschauerrängen Platz genommen haben, dass Sie uns mit diesem Thema konfrontieren. Denn hätte uns Hermann Schaller mit Bischof Ramazzini damals im Oktober nicht konfrontiert mit diesem Thema, gäbe es heute die Enquete nicht. Und Gott sei Dank, damals war die Kollegin Reinprecht von der SPÖ, Kollege Lafer und ich bei diesem Gespräch mit Bischof Ramazzini dabei und wir haben gesagt, eigentlich müssten wir etwas tun und sollten nicht nur reden. Diese Enquete war dann das Ergebnis von Beratungen, die hier stattgefunden haben. Und damit schaffen wir auch und davon bin ich schon überzeugt, einen Neustart, was das Land hier leisten kann an entwicklungspolitischer Arbeit. Nämlich einen Neustart dahin gehend, dass nach längerer Zeit, wo im Budget eine Stagnation war, wo heuer sogar ein Minus gewesen wäre, weil ja alle Ermessensausgaben linear gekürzt worden sind, dass hier Gott sei Dank auch schon im nächsten Budget – die Frau Landeshauptmann hat es gesagt – hier ein gegenteiliger Effekt erreicht worden ist. Schwieriger wird es mit diesen 25 Prozent, die wir hier anstreben. Was gerade meine Vorrednerin hier vorgestellt hat, wenn es um fairen Handel geht. Ich kann mich noch erinnern, als ich einmal mit dem Rucksack aus Kolumbien Waren hierher gebracht habe, um auf das Thema hinzuweisen und privat versucht habe fairen Handel aufzubauen, das war nur von kurzer Zeit, weil ich nicht so oft nach Kolumbien fahren konnte. Aber ich möchte damit nur sagen, es ist ganz wichtig, dass so etwas eine ganz gute Organisation hat und keine einmalige Sache ist, sondern nachhaltig angelegt ist. Und so soll es uns auch gelingen, denn es hilft nichts, wenn in den Klubs oder in den politischen Büros einige Wochen lang dann entsprechender Kaffee getrunken wird. Es muss ja gelingen, dass das dann eine dauerhafte Sache ist und hier soll ja auch eine Gruppe eingerichtet werden, die dann das auch beobachtet, was hier tatsächlich gelingt. Und wenn wir das tun, haben wir auch den moralischen Anspruch vom Bund, von der Bundesregierung Entsprechendes zu fordern, nämlich dieses Ziel der 0,7 Prozent hier dann doch anzustreben und hoffentlich dann auch zu erreichen.

Und ein Punkt, den ich auch noch erwähnen möchte. Für mich war diese Wortmeldung schon sehr beeindruckend. Es ist alles wichtig, was hier getan wird, aber das Wichtigste ist, dass in den Ländern des Südens die politischen Strukturen stimmen. Dass das Geld nicht irgendwo versickert. Dass man auch dazu versucht einen Beitrag zu leisten und ich würde mich freuen, wenn von Ihrer Seite her möglichst viele Gäste aus dem Gewerkschaftsbereich, aus dem politischen Bereich zu uns kommen und auch bei uns dann miterleben, wie wir versuchen, demokratische Strukturen zu leben und Politik so zu gestalten, dass nicht die Korruption im Vordergrund steht und der persönliche Vorteil, sondern schon das Allgemeinwohl im Vordergrund der politischen Arbeit steht. Das ist meine Bitte an Sie, uns immer wieder mit diesem Thema zu konfrontieren. Wir waren in der letzten Zeit sehr brüssellastig und viele von uns sind öfter nach Brüssel gekommen als nach Marburg, obwohl das eine Reise ist von einer halben oder dreiviertel Stunde und das andere doch mit dem Flugzeug längere Zeit in Anspruch nimmt und wir haben noch weniger einen Blick gehabt für das, was noch weiter südlich passiert.

Ich sage das ganz bewusst so, hier geht es auch um eine Umorientierung bei uns in den Köpfen, dass zwar jetzt nicht die Landesgrenzen mehr die Grenzen sind, die wir haben, sondern Europa die Grenzen sind, auch die geistigen Grenzen, auch wenn dieses Europa größer wird, dass wir aber auch den Blick darüber hinaus beibehalten und nicht, dass dieses Europa eine Festung wird, in der wir uns ganz wohlfühlen und dabei alles vergessen, was außerhalb dieser Festung passiert.

Daher zusammenfassend auf den Punkt gebracht, das war eine wichtige Veranstaltung heute. Ob wir gemeinsam erfolgreich sind, werden wir sehen, wenn es dann um die Umsetzung geht. Wir, von unserer Seite her, werden sicherlich versuchen unseren Beitrag zu leisten. Da alle vier im Landtag vertretenen Parteien, was selten der Fall ist, hier an einem Strang ziehen, glaube ich, können wir erfolgreich sein. Ich hoffe, wir sind es. (Beifall.)

**Präsident:** Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Heinz Grabner von der SPÖ. Ich darf das Zeitlimit in Erinnerung bringen. Ich glaube, es wird klappen. Danke!

**Abg. Dipl.-Ing. Heinz Grabner:** Danke, Herr Präsident!

Ich werde mich bemühen und es wird mir auch nicht schwer fallen, weil wir, was selten ist in diesem Hause, einen so hohen Grad an Übereinstimmung sehen, dass es wohl schwer ist, hier Konfrontation zu erwarten. Und ich finde es für besonders bemerkenswert, wenn wir schon an einem Detail spüren, Entwicklungszusammenarbeit ist keine Einbahn. Auch wir können daraus lernen. Und wenn der Kollege Lopatka vorhin gemeint hat, es weht so etwas wie ein Hauch von fairem Handeln durch diesen Raum, dann ist es klass, wenn wir uns das merken für die nächsten Debatten, dass wir uns auch dann fair behandeln werden und damit haben wir auch schon etwas mitgenommen von der heutigen Enquete, wie ich glaube, das ist eine der Feststellungen, die zu treffen ist. Es ist wohlthuend zu sehen, dass es gelungen ist, Ihnen, die Sie dazu beigetragen haben, dass diese Enquete stattfindet, Ihnen, die Sie dazu beigetragen haben, wie sie heute abgelaufen ist, dass wir bemerken können, es gibt ein so hohes Maß an Übereinstimmung, dass daraus die Hoffnung erwächst, dass auch wirklich etwas geschieht, damit wir dort bei Professor Nuscheler landen, der gemeint hat, Sinn einer Enquete ist daran zu ermesen, was daraus entsteht und ob die Politiker dann auch sich von den Fachleuten etwas sagen lassen. Wir haben uns schon vorweg etwas sagen lassen und haben uns von den damit Befassten Tipps geben lassen, wie denn eine gemeinsame Resolution aussehen könnte, zu der wir uns dann erfreulicherweise alle gefunden haben. So erwarten wir dann auch, dass diejenigen, die die Verantwortung tragen – erfreulicherweise hat die Frau Landeshauptmann, die ja dafür zuständig ist, heute auch von der politischen Verantwortung gesprochen und wir, alle Fraktionen, werden sie dabei durchaus tatkräftig unterstützen. Das bemerkenswerte Signal ist also dieses, eine konstruktive Atmosphäre, die erwarten lässt, dass wirklich etwas geschieht. Und nicht alle Enqueten enden in einer Resolution. Und wir erwarten, dass diese Resolution dann auch an das Ohr der politisch Agierenden in unserem Lande und darüber hinaus geht. Ich bin froh über eine Klarstellung, die auch heute gekommen ist. Nämlich insbesondere von Herrn Kamdem, die mich sehr beeindruckt hat, aber auch die Klarstellung von Herrn Professor Nuscheler, der auch gemeint hat, Politik ist gefordert, um das aufzubereiten, was dann vor Ort Not tut. Es kann sich die Politik ihrer Verantwortung nicht entziehen. Es ist schlicht und einfach auch hier bei uns schon möglich, durch entsprechende politische Maßnahmen und durch eine Klarstellung, dass Politik sich darum kümmern muss, was international an Solidarität gebraucht wird, was international an Gleichberechtigung, an Kooperation Not tut, was global an Gerechtigkeit, an fairer Verteilung – Nord/Süd wurde oft genug angesprochen, aber auch innerhalb des Südens die durchaus unfaire Verteilung, Chancengleichheit, denn nur in einer Gesellschaft mit diesen Grundausstattungen ist Freiheit überhaupt möglich. Und das hat auch Herr Kamdem so deutlich angesprochen, dass es ihm im Wesentlichen darum geht, um die politischen Themen Demokratie, Menschenrechte. Nur in einem solchen Umfeld ist das dann zielführend umzusetzen, was Sie so deutlich angesprochen haben, Frau Kollegin Grundnig, wenn Sie von fairem Handel sprechen, den wir auch zum Erstthema unserer gemeinsamen Resolution gemacht haben. Das ist erfreulich, dass wir sehen, wir haben mit den drei Themen unserer Resolution ganz augenscheinlich das getroffen, was Sie auch für wichtig erachten. Wir haben zuerst einmal klargestellt, die Politik hat sich zu kümmern und sich nicht zurückzunehmen, zweitens wurde klargestellt, es geht um fairen Handel und es wird auch beim Land selbst begonnen, indem man versucht, selbst auch dann die Landesbeschaffung damit zu beauftragen oder zu ersuchen, in diese Richtung etwas zu tun. Es wurde klargestellt, dass man sich selbst auch bei den künftigen Budgets darum bemühen wird, die allen, die sie hier repräsentieren, die etwas tun, die etwas ganz, ganz Wichtiges tun, noch dazu unter den richtigen Voraussetzungen und Überlegungen, die wir heute schon mehrmals gehört haben, dass sie die entsprechenden finanziellen Mittel in die Hand bekommen und dass wir natürlich auch darüber hinaus als Land Steiermark an den Bund herantreten, die entsprechenden Mittel auch tatsächlich wieder einzusetzen und die Entwicklungszusammenarbeit als das zu sehen, was wir heute gemeinsam so deutlich und so eindrucksvoll gehört haben.

Und am Schluss eine kurze Anregung noch und eine Bitte an die Präsidiale. Herr Präsident Purr, ich ersuche Herrn Dr. Anderwald zu überlegen, wie wir das, was wir in dieser Resolution verfasst haben, möglichst rasch in Umsetzung bringen. Damit würden wir Ihrer Erstanregung sehr nahe kommen. Ich denke mir, dass es uns jetzt – um es rein pragmatisch zu sagen – möglich sein muss, erstens einmal von dieser Resolution den zuständigen Finanzreferenten auf kürzestem Wege in Kenntnis zu setzen, weil er ja gerade jetzt am Budget arbeitet und sinnvollerweise wissen sollte, was wir von ihm erhoffen und erwarten, Sie alle und wir alle. Ich würde glauben, dass es gelingen müsste, diesen Resolutionstext noch am kommenden Dienstag in den Ausschuss für Europäische Integration zu bringen, wenn das erforderlich ist, oder mir oder uns zu sagen, auf welchem Wege wir zu einer raschen Behandlung kommen, weil dann können wir noch vor dem Sommer eine Beschlussfassung erreichen, so

dass wir dann schon im September aus Anlass Johannesburg sagen können, wir im Landtag waren nicht säumig, wir haben alle, die sich hier so erfolgreich bisher bemüht haben und auch in Zukunft bemühen werden, nach Kräften unterstützt. Danke schön! (Beifall.)

**Präsident:** Ich danke für die Wortmeldung, Herr Abgeordneter. Ich darf nur sagen, damit irgendetwas in die Wege geleitet werden kann, darf ich einmal ersuchen, dass ich die Resolution bekomme. Ich kenne derzeit den Inhalt nicht. Und erst dann kann ich einen Schritt weiter machen. So weit, so gut! Und ich komme damit zum Herrn Klubobmann, Abgeordneten Lafer von der FPÖ, danach kommt zu Wort die Frau Abgeordnete Zitz. Danke! Ich bitte, Herr Abgeordneter Lafer, Sie sind am Wort.

**Abg. Franz Lafer:** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Will man nichts wiederholen, müsste man sagen, es fällt einem schon schwer, wenn die beiden Kollegen vor mir ausführlich erklärt haben, was die Resolution beinhaltet, welche Themenpunkte hier angesprochen worden sind und was wir damit bezwecken im Land. Zum einen, dass es mehr finanzielle Mittel geben soll, wie auch in der Regierung bereits beschlossen, im Budget zum anderen, auch was den fairen Handel betrifft.

Aber ich darf vielleicht zwei, drei Punkte anführen, die ich ganz anders formulieren möchte als Sie es hier gemacht haben. Entwicklungshilfe oder Entwicklungszusammenarbeit ist oft auch negativ besetzt. Wieso negativ besetzt? Ich würde einmal behaupten, dass in der Bevölkerung vorwiegend die Meinung umgeht, die Spenden an die Armen bekommen dann immer wieder die Reichen. Es ist für den einzelnen Staatsbürger nicht nachvollziehbar, wo das Geld, das tatsächlich hier aufgewendet oder gespendet wird, hinkommt. Ich glaube, dass hier ein Informationsdefizit besteht, um den Österreicher oder die Österreicherinnen auch entsprechend aufzuklären, wie solche Spenden in der Entwicklungszusammenarbeit, in der Entwicklungshilfe verwendet und aufgewendet werden. Deshalb auch, ich habe mir zwei Argumente aus dem heutigen Vormittag aufgeschrieben, was der Herr Dipl.-Ing. Hermann Schaller verwendet hat, wie er gesagt hat, die Wurzeln der Armut liegen in der ungerechten Verteilung der Güter. Das war ein Argument für mich, wo ich mir gedacht habe, dort liegt eigentlich sehr viel Wahrheit dahinter. So wird es auch von den Österreicherinnen und Österreichern wahrgenommen. Ein anderes Zitat von Herrn Botschafter Dr. Lennkh: „40 Jahre lang kein durchschlagender Erfolg!“ Das hat sich dann bei all diesen Ausführungen, die dann hier gemacht worden sind, durchgezogen, dass man bemüht ist, in der Entwicklungshilfe und in der Entwicklungszusammenarbeit sehr viel zu machen. Der wirklich durchschlagende Erfolg ist aber ausgeblieben. Beeindruckt war ich auch von der Wortmeldung, und das wiederhole ich gerne, von Herrn Emanuel Kamdem, der gesagt hat, dass genug Geld in den Süden fließt. Es sind tatsächlich die Bemühungen extrem enorm, was Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit betrifft. Allerdings, und Kollege Grabner hat das schon ausführlich angeführt, geht es hier auch um die Durchsetzung der Menschenrechte, um die Form einer Demokratie einzuführen, vor allem aber auch um die Einflussnahme in politische Systeme, die zu Veränderungen führen sollten. Ich bin überzeugt davon, dass das auch einer der gangbaren Wege ist, die auch gemacht werden müssen, um jenen Ländern, wo die Armut wirklich groß ist, helfen zu können. Was meine Person betrifft, so bin ich überzeugt davon, dass heute diese Enquete unnötig gewesen wäre, weil im Vorfeld schon diese Resolution verhandelt und ausverhandelt wurde, wo es einen breiten Konsens gab. Aber nein, das ist nicht so. Dieser Vormittag hat absolut dazu gedient sich zu informieren. Ich von meiner Warte aus kann sagen, es war sehr viel Positives dabei. Man geht dann mit einer Sache ganz anders um, weil auch die Bewusstseinsbildung bei den Politikern noch möglich ist. Ich glaube, zumindest bei mir hat das heute gegriffen. Ich kann von mir aus sagen, arbeiten Sie alle weiter daran. Wir werden Sie entsprechend unterstützen. Danke! (Beifall.)

**Präsident:** Ich danke Herrn Abgeordneten Lafer für seinen Beitrag. Frau Abgeordnete Mag. Zitz, Sie sind am Wort und darf das Zeitlimit in Erinnerung rufen.

**Abg. Mag. Edith Zitz:** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste im Publikum und auch hier!

Es ist ein ganz ungewöhnliches Gefühl, wenn man vor Weltladen-Produkten im Landtag stehen kann. Viele von uns kennen das sonst nur, wenn sie im Weltladen oder inzwischen auch in großen Einkaufsketten einkaufen gehen. Für mich ist diese Enquete als eine Person, die sich seit Studententagen mit dem Thema Süd-Nord-Gerechtigkeit beschäftigt, eine Ehre und es ist auch eine sehr sinnliche Erfahrung. Diese Sinnlichkeit in der Entwicklungspolitik möchte ich jetzt in einigen Bereichen konkretisieren. Einer der Kernsätze für mich ist eine Aussage von Herrn Professor Nuscheler, der gemeint hat, globale Gerechtigkeit ist die Basis für eine wirkliche Sicherheit, wo sich Leute wirklich beheimatet und wirklich sicher und wohl fühlen können, egal ob sie In- oder AusländerInnen sind, egal ob sie in unserem Teil der Welt wohnen oder im Teil, den man als zweite, dritte, vierte Teile der Welt bezeichnet. Der zweite Punkt: Ich möchte mich auch bedanken bei den entwicklungspolitischen Fachleuten. NGOs ist für mich teilweise zu kurz gegriffen. Es sind wirklich Fachleute, die in der Steiermark seit vielen Jahren sehr engagiert und kreativ arbeiten und jetzt in Vorbereitung für diese Resolution auch sehr kompetente Politikberatung gemacht haben. In dem Zusammenhang möchte ich darauf aufmerksam machen, dass heute am Abend die fairen Wochen eröffnet werden. Diese fairen Wochen sind eine Form, mit Steierinnen und Steirern sehr sinnlich zu diesem neoliberalen Wirtschaftssystem in Kontakt zu treten. Zur Zwischenbilanz der Unterschriftensammlung dieser über 2000 Unterschriften: Ich denke, dass dabei ganz unterschiedliche Leute dabei sind. Es sind Leute, die aus ihren ökologischen Überlegungen, aus dem Engagement gegen den Treibhauseffekt diese Petition unterschrieben

haben. Es sind Menschenrechtsaktivisten und -aktivistinnen dabei, es sind Leute aus dem außerschulischen Jugendbereich dabei und es sind Leute aus diversen katholischen Organisationen dabei. Ich glaube, diese Unterschriftensammlung ist ein Ausdruck eines sehr breiten Bündnisses, die gleichzeitig die Steiermark zu Recht fordert, als Landtag und als Landesregierung, auch politisch konkret aktiv zu werden. Es ist vorher die Resolution angesprochen worden. Es stimmt, Herr Präsident, offiziell einbringen können wir sie erst am 11. Juni. (Präsident: „Nein, heute bekomme ich die Resolution von Ihnen!“) Ich weiß, Sie haben die Resolution heute bekommen. Wenn wir sie aber als Landtagsantrag einbringen wollen – (Präsident: „Ich möchte Sie nicht unterbrechen, Frau Abgeordnete Zitz. Ich melde mich dann zu Wort. Danke!“) Diese Resolution ist jetzt gemeinsam verfasst worden und ist jetzt überreicht worden und wird dann noch entsprechend in den Landtag eingebracht werden, so wie es mit den vier Parteien vereinbart wurde. Es wäre sehr toll, wenn sie vor dem Sommer noch beschlossen werden könnte. Ich möchte jetzt noch auf einige Themenbereiche konkret eingehen: Ich habe es sehr wichtig gefunden, dass auch tagespolitische globale Entwicklungen angesprochen wurden, konkret die Aktivitäten der OMV im Sudan und die Menschenrechtssituation in Guatemala. Ich glaube, das sind politische Entwicklungen, von denen man in den steirischen Medien leider sehr wenig hört. Diese Enquete ist eine Möglichkeit, dass das sozusagen auch im stenografischen Protokoll des Landtages enthalten ist. Zum öffentlichen Einkauf: Die Debatte, wie sie jetzt ein bisschen angeklungen ist, ist vor 15 Jahren ganz ähnlich geführt worden, als es darum gegangen ist, ökologische Produkte ins Beschaffungswesen zu integrieren, sprich Recyclingpapier oder Kopierer, die weniger Toner verschlucken oder dass man auf Tropenholzausstattung verzichtet, zu verwenden. Ich glaube, dass die Debatte des fairen Handels wirklich in öffentlichen Bereichen anzuwenden ist, wie zum Beispiel im Spitalsbereich, im Bereich von Kinderbetreuungseinrichtungen, in Lehrlingsheimen. Das wäre eine ganz konkrete Maßnahme, wo das Land Steiermark einfach auch gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen eine Vorbildrolle einzubringen hat. Ich sehe, ich bekomme gerade den Antrag zur Unterschrift. Danke schön, mit dem größten Vergnügen. Abschließend möchte ich mich noch einmal bedanken für dieses auch überparteiliche Bündnis, das sehr gut gelaufen ist. Ich kann mir vorstellen, dass die politische Nachbereitung dieser Enquete uns auf eine sehr angenehme und sehr sinnliche Art und Weise in den nächsten Jahren noch sehr fordern wird. Danke schön! (Beifall.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren!

In der Zwischenzeit habe ich die von allen Klubobleuten der im Landtag vertretenen Parteien verfasste Resolution bekommen. Ich darf hinzufügen, ich habe mich noch nie so bemühen müssen, eine Resolution in die Hand zu bekommen, wie es diesmal der Fall war. Es hat geklappt und ich kann zusichern, dass sie bereits noch Ende Juni im richtigen Ausschuss, nämlich im EU-Integrations-Ausschuss behandelt werden wird und dann noch vor der Sommerpause auch noch dem Landtag zugewiesen wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für Ihre Beiträge. Ich darf noch hinzufügen, dass Ihnen soeben eine Kopie von dieser Resolution ausgeteilt wird, die mir überreicht wurde. Ich danke den Autorinnen und Autoren sowie den Sprecherinnen und Sprechern der Power-Point-Präsentation, dem Arbeitskreis Weltkirche Schutzengel Graz für den Beitrag. Mein Dank gilt auch dem Trommler, Herrn Djon Eric aus Kamerun. Nunmehr wird Sie eine Musikgruppe unter der Leitung von Herrn Juan Carlos Sungurlian aus Montevideo/Uruguay während des Empfanges unterhalten. Ich darf Sie zu einem Büfett in den Rittersaal einladen. Ich danke Ihnen für die Teilnahme an der Diskussion und für Ihre Beiträge und erkläre die Enquete für geschlossen. (Beifall.)

Ende der Enquete: 13.03 Uhr.